Morgenausgabe
Nr. 257 / A 130 46. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6,— M. pro Monat.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
5. Juni 1929

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Die Arbeiterpartei am Ruder.

Macdonald übernimmt die Regierungsbildung.

London, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Nachdem Baldwin dem König die Demission seines Kabinetts überreicht hatte, gab der König sofort den Auftrag, den Führer der Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald, um seinen Besuch zu bitten. Die telephonische Einladung des Sekretärs erreichte Macdonald in seiner Wohnung, während einer Besprechung mit Clynes, Henderson und Thomas. Macdonalds Besuch erfolgte jedoch nicht unmittelbar nach seiner Berufung. Er wird wegen des Gesundheitszustandes des Königs erst am Mittwoch in Windsor erscheinen und den Auftrag zur Bildung der Regierung entgegennehmen.

Die Zeitungen sind voll von Spekulationen über die voraussichtliche Zusammensetzung des Kabinetts. In den letzten 24 Stunden haben wiederum zahlreiche Gerüchte Umlauf gefunden, wonach der Posten des Außenministers einem Außenseiter wie Lord Cecil oder Lord d'Abernoon übertragen werden soll. Beide kommen jedoch nicht in Betracht; besonders die Kombination mit Lord d'Abernoon steht vollkommen außer Frage, da Lord d'Abernoon in Großbritannien, vor allem aber in der Arbeiterpartei, keineswegs über die notwendige Popularität oder Autorität verfügt. Lord Cecils Mitgliedschaft im Kabinett würde zweifellos von einem großen Teil der Partei begrüßt werden. Aber man sieht begreiflicherweise keinen Anlaß, daß eine Partei mit so großen internationalen Beziehungen wie die Arbeiterpartei einen der wichtigsten Posten einem Außenseiter übertragen soll.

Der neue britische Außenminister, ein Posten, für den man immer wieder Artur Henderson nennt, wird in erster Linie die schwersten Fehler der konservativen Regierung in der Frage der Abrüstung gutzumachen haben. Eine seiner Hauptaufgaben wird ferner darin bestehen, das konservative Lippenbekenntnis zum Völkerbund in die aktive Unterstützung des Völkerbundes durch Großbritannien zu verwandeln. Um der großen Wichtigkeit Ausdruck zu geben, die die Labour Party der Arbeitslosenfrage einräumt und um die notwendige Konzentration der Vorkehrungen zur Ueberwindung der Erwerbslosigkeit zu treffen, soll

ein besonderer Minister für die Arbeitslosenfrage

ernannt werden, voraussichtlich als Minister für Arbeitsbeschaffung. Die Anzahl der Ministerposten soll dadurch nicht vermehrt werden, das neu zu schaffende Amt soll mit dem Posten eines Kanzlers des Herzogstums Lancaster oder einem ähnlichen Kabinettssitz ohne Portefeuille verbunden werden. Dieser Posten wird einem der führenden Männer der Arbeiterpartei übertragen werden; seine Aufgabe wird die Entwerfung einer Politik der Arbeitsbeschaffung und die Zusammenfassung der bisher getrennten ministeriellen Abteilungen sein, die mit Arbeitslosenfragen, wie der produktiven Arbeitslosenfürsorge usw. beschäftigt sind. In engstem Zusammenschluß damit steht die geplante Schaffung einer Kommission, deren Aufgabe es sein wird, Doppelarbeit der verschiedenen Ministerien, die sich für das Wirtschaftsleben als so überaus nachteilig erwiesen hat, aufzuheben. Macdonald wird den Vorsitz in dieser Kommission übernehmen.

Der Vorgang des Regierungswechsels.

London, 4. Juni.

Bei seinem heutigen Besuch in Schloß Windsor wurde Baldwin vom Privatsekretär des Königs empfangen und zu ihm geleitet, um das Rücktrittsgesuch des Kabinetts zu überreichen. Der nächste Schritt auf dem verfassungsmäßigen Wege ist die Aufforderung des Königs an Ramsay Macdonald, als Führer der Opposition, die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Bei der Uebernahme der Regierungsbildung ist es üblich, daß der neue Premierminister dem König die Namen derer nennt, die er für die hauptsächlichen Kabinettsposten gewählt hat. Technisch werden Baldwin und seine Kollegen im Amt bleiben bis zu dem Tage der Uebergabe der Amtssiegel an die neuen Kabinettsmitglieder. Die Siegel werden dem König von den zurücktretenden Ministern übergeben und den neuen Ministern am selben Tage ausgehändigt. Man erwartet, daß alle Mitglieder des parlamentarischen Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei dem neuen Kabinett angehören.

Letzte Wahlziffern.

Arbeiterpartei 288, Konservative 255, Liberale 58, Unabhängige 8. Noch ausstehend 6 Einzelresultate.

Komödianten.

Deutschnationale Treue zum Dawes-Plan.

Komödie in drei Akten. Erster Akt Saal 31 des Reichstags. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Graf Westarp bringt den Antrag ein, der Ausschuß möge die Ergebnisse der Pariser Sachverständigenkonferenz ablehnen. Er begründet diesen Antrag ausführlich. Redner anderer Parteien legen dar, daß es unsinnig wäre, etwas abzulehnen, was noch gar nicht fertig ist und was man noch nicht genau kennt. Man beschließt, die Debatte abzubrechen, damit verschwindet auch der Antrag in die Versenkung. Die Deutschnationalen verlassen unter Rufen des Protestes den Saal.

Zweiter Akt. Plenarsaal des Reichstags. Graf Westarp beantragt, die deutschnationale Interpellation nebst dem dazugehörenden Antrag sofort zur Beratung zu stellen. Er beklagt sich bitter über die ihm angetane „Vergewaltigung" im Ausschuß (er konnte dort reden, solange er wollte) und kündigt mit drohender Stimme an, er und seine Freunde würden sich nicht beruhigen, wenn etwa sein Antrag auf sofortige Verhandlung auf Widerstand stoßen würde. Sie würden dann — man ahnt Schreckliches — zum Schluß der Sitzung beantragen, die Interpellation auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen.

Dritter Akt. Szene wie vorhin, drei Stunden später. Der Zentrumsabgeordnete Schlack hat seine Rede zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums beendet. Der Präsident schlägt dem Hause vor, sich zu vertagen und die nächste Sitzung am folgenden Tage abzuhalten. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums. Nach einer kleinen Pause und einem Blick auf die leeren Bänke der Deutschnationalen fährt der Präsident fort: „Widerspruch gegen diese Tagesordnung wird nicht erhoben. Ich schließe die Sitzung."

— — — — — — — — — —

Schade, daß dieses fröhliche Stück nicht wiederholt werden kann. Es würde volle Häuser erzielen, und der Heiterkeitserfolg wäre stets so groß, wie gestern im Reichstag.

Von einer Ueberrumpelung der Deutschnationalen kann keine Rede sein. Es war im Hause bekannt, daß gegen 6 Uhr abgebrochen werden sollte, zumal der Plenarsaal für den Vortrag Lord Robert Cecils vergeben war. Bei einem Minimum von Aufmerksamkeit konnte die Blamage vermieden werden. Was war also geschehen? Entweder hatten die Deutschnationalen das Unsinnige ihres Treibens eingesehen und — trotz ergangener Ankündigung — darauf verzichtet, das Spiel weiter fortzusetzen, oder aber sie haben den Sitzungsschluß einfach verschlafen und damit bewiesen, wie ernst sie ihre eigenen Aktionen nehmen.

Sicher ist auf alle Fälle eines: Seit mindestens fünf Jahren ist den Deutschnationalen das Regiepech in allen Reparationsfragen treu geblieben. Man hat nun einmal eine ausgesprochen unglückliche Hand. Unvergeßlich und unvergessen ist der 29. August 1924.

Wie war es damals? Es ging um Annahme oder Ablehnung der Dawes-Gesetze. Die Deutschnationalen hatten in Parlament und Presse verkündet, daß die Annahme dieser Gesetze die ewige Versklavung und das Ende Deutschlands bedeuten würde. Pech und Schwefel wurde auf die verräterischen Höllensöhne herabgeredet, die auch nur in einem Winkel ihres Gehirns an die Annahme des Unaussprechlichen, Unfaßbaren, Unausführbaren zu denken wagten. Hei, wie standen die wackern Deutschnationalen da, und wie führten sie ihre Klinge! „Ich möchte beinahe (!) sagen: Hier stehe ich, ich kann nicht anders." „Unser Banner hat nie geschwankt." So sprach der — seitdem viel stiller gewordene — Oskar Hergt.

Und so kam der 29. August, der Tag der dritten Lesung. Es gab mehrere namentliche Abstimmungen, und immer stimmten die Deutschnationalen mit Nein. Immer blieben sie dabei, auch in der Minderheit, und so war es weiter nicht gefährlich. Bis das Reichsbahngesetz an der Reihe war, dieses am meisten umkämpfte Gesetz, das die deutsche Reichsbahn unter ausländische Kontrolle stellte und finanziell schwer belastete. Dieses Gesetz, als einziges von sieben, war verfassungsändernd, erforderte also zur Annahme Zweidrittelmehrheit. Diese war bei den vorangegangenen namentlichen Abstimmungen — 259 gegen 172, 260 gegen 176 usw. — bei weitem nicht erreicht. Die Ablehnung des Eisenbahngesetzes und damit der Fall des ganzen Dawes-Plans schien also gewiß. Wieder saßen alle Deutschnationalen mit gezückten roten Reinkarten da, und die Schriftführer gingen ans Einsammeln.

Da entstand auf den Tribünen oberhalb der Rechten Bewegung. Die Zuschauer der ersten Reihe beugten sich weit vor und starrten mit aufgerissenen Augen hinunter. Die Diplomaten vergaßen ihre gute Erziehung, sprangen von den Sitzen, riefen und lachten. Was war geschehen? Ein Teil der Deutschnationalen hatte zwar rote Reinkarten in der rechten Hand gehalten, mit der linken aber weiße Jakarten abgegeben!

Freitag Unterzeichnung des Berichts

Keine Verhandlungen über Eupen-Malmedy.

Paris, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Die letzte Schwierigkeit, die einem glücklichen Abschluß der Sachverständigenkonferenz noch im Wege stand, ist jetzt ebenfalls beseitigt. Die belgische Delegation hat sich am Dienstag nachmittag im Laufe einer längeren Sitzung mit der Aufnahme direkter Verhandlungen über die Markentwertung in Brüssel einverstanden erklärt. Damit ist die Unterzeichnung des Schlußberichtes durch sämtliche Delegierten sichergestellt. Sie wird wahrscheinlich Freitag erfolgen.

Am Mittwoch und Donnerstag wird die Konferenz noch Vollsitzungen abhalten: die ersten nach der großen Krise des Komitees und dem Tode Revelstokes. Die Belgier haben die formelle Zusicherung erhalten, daß Deutschland keine Forderungen auf Gegenkonzessionen in territorialer Hinsicht stellen und die Verhandlung sofort aufnehmen werde.

Die belgische Markforderung.

Während der Besetzung Belgiens durch die deutschen Truppen sind über die Société Générale de Belgique Marknoten in einem nicht mehr genau feststellbaren Betrag ausgegeben worden. Nach dem Waffenstillstand hat die belgische Regierung durch die belgische Staatsbank die Noten zum Friedenswert (1 Mark = 1,25 Franken) eingelöst. Die Summe der eingelösten Noten beträgt **6,1 Milliarden Mark.** Es steht jedoch fest, daß in dieser Summe große Beträge für Noten eingeschlossen waren, die erst nachträglich nach Belgien gebracht worden sind. Da die belgische Regierung die Frist für die Ablieferung und Einlösung der deutschen Mark sehr weit ausgedehnt hatte, war solchen Schiebungen Tür und Tor geöffnet.

Seinerzeit hat Erzberger als Reichsfinanzminister sich zur Zahlung der 6 Milliarden an Belgien unter bestimmten Bedingungen einverstanden erklärt. Diese Bedingungen (Verzicht auf die Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher, Schließung des „Lochs im Westen" usw.) wurden jedoch nicht eingehalten und damit ist der übrigens schriftlich nicht fixierte Vertrag zwischen Erzberger und Francqui, jetzt belgischer Sachverständiger in Paris, hinfällig geworden.

Auf der Versailler Konferenz drang Belgien mit seiner Forderung nach Aufwertung der Noten in Gold nicht durch, weil die Alliierten für den Fall des Nachgebens ähnliche Ansprüche von Rumänien und Polen befürchteten. Zum Ausgleich wurde Belgien im Versailler Artikel 232 eine Priorität bei der Reparationszahlung, sowie die Deckung der Schulden bei den Alliierten durch Deutschland gewährt. Es ist dann zwischen dem Reich und Belgien fortgesetzt über die Markfrage verhandelt worden. So erklärte sich Deutschland 1922 bereit, 4 Milliarden Mark zum Vorkriegskurs zurückzuzahlen, wofür Belgien das liquidierte deutsche Eigentum zurückgeben sollte. Auch das führte nicht zu einem Ergebnis, ebensowenig konnte man sich 1925 auf der Basis einigen, daß Eupen und Malmedy gegen eine Entschädigung von 240 Millionen Goldmark an Deutschland zurückfallen sollten.

Jetzt fordert Belgien auf 37 Jahre jährlich 25 Millionen. Das entspricht einem Kapitalwert von etwa 400 Millionen.

Grundsätzlich ist die deutsche Regierung bereit, eine Verpflichtung zur Entschädigung anzuerkennen.

Sie kann auch kaum einen anderen Weg einschlagen, da sie inzwischen auch Rumänien eine Entschädigung gewährt hat. In dem deutsch-rumänischen Abkommen ist zwar ausdrücklich gesagt, daß hier keine Anerkennung der rumänischen Forderung vorliege, aber praktisch ist doch die grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einer Wiedergutmachung der Verluste zum Ausdruck gebracht.

Es ist freilich so gut wie ausgeschlossen, daß wir in diesem Augenblick wiederum die Rückgabe von Eupen-Malmedy mit unseren Zahlungen in Verbindung bringen könnten. Die durch die letzten Wahlen in ihrem Bestande gestärkte nationalistische Regierung Belgiens dürfte sich auf ein solches Geschäft kaum einlassen. Sie wird nicht einmal in den erwähnten Bezirken eine Volksabstimmung zulassen, die im Gegensatz zu der seinerzeit vorgenommenen diesen Namen wirklich verdiente.

So wurde das Reichsbahngesetz mit mehr als Zweidrittelmehrheit — 314 gegen 127 Stimmen — angenommen, und der ganze Dawes-Plan wurde damit Gesetz. Und wie war das alles gekommen? Die Volkspartei hatte den Deutschnationalen vier Sitze in der Regierung angeboten, falls sie die zur Gesetzwerdung des Dawes-Plans notwendigen Stimmen lieferten. Diese Lieferung wurde am 29. August 1924 glatt besorgt, und ein paar Wochen später erfolgte auch die Gegenlieferung der vier versprochenen Ministerportefeuilles.

Das Geschäft war richtig.

Jetzt soll in Paris der Dawes-Plan geändert werden. Die jährlichen Lasten, die Deutschland zu tragen hat, werden im Durchschnitt um rund eine halbe Milliarde, in den ersten Jahren noch mehr, gesenkt. Die ausländische Kontrolle über die Reichsbahn soll verschwinden. Auf der anderen Seite bedeutet der neue Plan im Gegensatz zum alten — niemand verkennt das — nicht mehr Versuchsstadium, sondern dauernde Regelung. Den Gläubigern werden auf lange Sicht stärkere Sicherungen geboten. Dafür senken sie die Jahreszahlungen und verzichten sie auf peinliche Kontrollmaßnahmen.

Das alles natürlich nur, wenn das Ganze zustande kommt. Die Sachverständigen sind in der Hauptsache einig — aber, wenn die Regierungen ihren Segen zu dieser Einigung verweigern, fällt alles wieder ins Wasser. Es besteht also Grund, die Dinge mit einiger Vorsicht zu behandeln. Als die Deutschnationalen ihren Antrag stellten, das Ergebnis von Paris abzulehnen, wußten sie, daß der Auswärtige Ausschuß diesen Ablehnungsantrag ablehnen mußte, wenn er nicht leichtfertig alles wieder zerschlagen wollte. Ablehnung der Ablehnung aber bedeutete Annahme: Annahme der Pariser Ergebnisse. Sie jetzt schon auszusprechen, wäre grundfalsch gewesen, denn das hätte so ausgesehen, als ob Deutschland über das Ergebnis überglücklich sei und gar nicht warten könne. Das deutschnationale Manöver mußte also, wenn es gelang, die Lage Deutschlands in den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen erheblich verschlechtern.

Die Deutschnationalen waren bereit, diese erhebliche Verschlechterung in Kauf zu nehmen, wenn ihnen ihr gegen die Regierungsparteien gerichtetes innerpolitisches Entlarvungsmanöver gelang. Die Regierungsparteien durchkreuzten das Spiel, indem sie es ablehnten, den deutschnationalen Schwindelantrag zu debattieren und zur Abstimmung zu bringen. Darum Protestgeheul, feierlicher Ausmarsch aus dem Saale, Drohungen im Plenum und zum Schluß diese lächerliche Blamage!

Warum wollen die Deutschnationalen nicht vom Dawes-Plan herunter? Ohne ihre Hilfe wären nie die Jahresraten von 2,5 Milliarden plus Besserungsschein möglich geworden, die jetzt auf 2,05 Milliarden ohne Besserungsschein herabgesetzt werden sollen. Ohne die Zustimmung von 48 deutschnationalen Abgeordneten konnte die ausländische Kontrolle der Reichsbahn nicht eingeführt werden, die jetzt wieder abgeschafft werden soll. Warum wollen die Deutschnationalen nicht vom Dawes-Plan herunter? Etwa weil die Vatergefühle in ihnen übermächtig sind, und weil sie sich von diesem ihrem Kinde nicht trennen wollen?

Keine Ariadne liefert den Faden durch das Labyrinth der deutschnationalen Mannesseele. Wohl aber hat die selige Flora Gaß, die Geliebte Hammersteins, den Schlüssel zur Lösung des Geheimnisses gegeben, als sie zu ihren konservativen Freunden das geflügelte Wort sprach: „Komödianten seid ihr doch alle!"

Terroristen beklagen sich . . .

Eine Anfrage und eine Antwort.

Der Regierungspräsident in Stettin ersuchte vor einiger Zeit in einer Verfügung die Landräte eines Bezirks, durch persönliche Verhandlungen mit den Saalbesitzern zu versuchen, dem Reichsbanner Versammlungsräume zu beschaffen, deren Inhaber sich aus Furcht vor wirtschaftlichen Schädigungen durch Stahlhelm und andere Organisationen geweigert hatten, die Säle herzugeben. Ein deutschnationaler Landtagsabgeordneter führte hierüber Beschwerde und bat das Staatsministerium in einer Kleinen Anfrage, dem Regierungspräsidenten in Stettin den weiteren „Mißbrauch der Polizei" zu verbieten.

Der preußische Innenminister hat auf die Anfrage kurz, knapp und klar geantwortet: „Das Vorgehen des Regierungspräsidenten rechtfertigt sich unter dem Gesichtspunkt der Gewährleistung der verfassungsmäßigen Freiheiten für alle Staatsbürger und findet volle Billigung des Ministers. Von einem polizeilichen Eingreifen oder gar einer unterschiedlichen Behandlung kann gar keine Rede sein."

Ostpreußenhilfe und Landbundterror.

Kann das Ostpreußenprogramm ohne Störung durchgeführt werden?

Wir haben mehrfach über die Terror- und Pressionsmaßnahmen des Ostpreußischen Landwirtschaftsverbandes berichtet, die bis heute noch nicht abgesagt sind, obwohl das Reich und Preußen sehr große Opfer für die Erleichterung der Wirtschaftslage in Ostpreußen zu bringen beschlossen haben. Es ist zu begrüßen, daß der Reichs- und Staatskommissar für die Durchführung des Ostpreußenprogramms Landrat Rönneburg jetzt festzustellen versucht, wie der ostpreußische Landbund zu seinen Drohungen steht. Die Vertreter der Regierung haben keinen Zweifel daran gelassen, daß der Gedanke einer besonderen Hilfsaktion für Ostpreußen mit der Terrorpolitik des Ostpreußischen Landwirtschaftsverbandes unvereinbar sei. Es scheint auch, als ob die dortige Landbundorganisation Angst vor ihrer Courage bekommen hat und einen Rückzug antreten wird. Wir hoffen bestimmt, daß der Reichs- und Staatskommissar Rönneburg für eine klare Situation sorgen und damit die Garantien schaffen wird, die das Reich und Preußen aus Gründen der Staatsautorität sowohl als auch im Interesse der ostpreußischen Bevölkerung verlangen müssen.

Dem Kreisblatt in Hoya (Regierungsbezirk Hannover) wurde von dem Regierungspräsidenten von Hannover der Charakter als Amtsblatt entzogen. Das Blatt hat sich in letzter Zeit wiederholt durch gemeine Beschimpfungen der republikanischen Staatsform und der republikanischen Minister hervorzutun versucht.

Konferenz über das Konkordat. In der Konkordatsfrage sind die Fraktionsführer des Preußischen Landtages zu einer Sitzung im preußischen Staatsministerium eingeladen worden. Die Sitzung dürfte voraussichtlich am kommenden Freitag erfolgen.

Wirtschaftsunsinn der Rüstungen.

Cecil über die Abrüstung. — Volksheer oder Berufsheer?

Viscount Cecil of Chelwood, besser unter dem Namen Lord Robert Cecil bekannt, sprach gestern abend als Gast des Komitees für Internationale Verständigung vor dem wohlgefüllten Plenarsaal des Reichstages über die Abrüstung. Er wurde von Reichsminister a. D. Erich Koch-Weser als der gute Europäer, Weltbürger und Engländer begrüßt, der als Bannerträger des Friedens energischer und früher als alle anderen die Umgestaltung des Völkerbundes zu einem wirklichen Friedensinstrument verlangt habe. Cecil ist der konservative englische Staatsmann, der auf der Dreimächtekonferenz in Genf im August 1927 England vertrat und dann sein Amt in die Hände der Regierung Baldwin zurücklegte, da ihr Verhalten in der Seeabrüstungsfrage ihm nicht mehr mit den Interessen des Friedens und seines Landes vereinbar erschien. Cecils gestriger Vortrag über die Abrüstung schälte in der Art, die ihm und seinen Mitarbeitern in der englischen Völkerbundgesellschaft so einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung ihres Landes gegeben hat, die wesentlichen Punkte der Abrüstungsfrage heraus. Er begann seinen Vortrag mit dem Hinweis auf zwei Ereignisse, die in jüngster Zeit die Abrüstung in den Vordergrund gezogen haben: den Kellogg-Pakt, der die Regierungen verpflichtet, auf den Krieg als Mittel der Politik zu verzichten und deshalb die Abrüstung zur Folge haben muß, und

die britischen Wahlen, die eine überwältigende Mehrheit zugunsten des Völkerbundes und zugunsten der internationalen Abrüstung in das englische Parlament gebracht haben.

Eine beträchtliche einseitige Herabsetzung der Rüstungen könne zwar für das betreffende Land eine große Wohltat sein, aber einer einseitigen Einschränkung folge bei zunehmendem Wohlstand leicht eine einseitige Aufrüstung. Nur die Kürzung der Rüstung durch einen freiwilligen internationalen Vertrag kann dauernden Bestand haben, und nur eine dauernde und allgemeine Herabsetzung der Rüstungen hat ernsthaften Wert für die Sache des Friedens. Es bestehen unzweifelhaft moralische Verpflichtungen der größten europäischen Mächte zu einer Abrüstung Zahlreiche

wirtschaftliche Gründe

sprechen ebenfalls dafür. Ein Achtel der englischen Staatsausgaben werden für Rüstungen geopfert; eine große Anzahl von Männern im besten Alter werden durch die Rüstungen zu unproduktiver Beschäftigung gezwungen.

Das Vorhandensein der großen Heere bedroht die internationale Sicherheit und schädigt damit den Kredit, auf dem die moderne Wirtschaft beruht. Die Völker unterwerfen sich den Ausgaben und Entbehrungen für die Rüstungen nur deshalb, weil sie einer bewußten Propaganda für den Krieg unterliegen. Vor dem Kriege wurden Krieg und Kriegsmittel und Literatur und Presse in Universitäten und Schulen, selbst in Kirchen und Kapellen verherrlicht. Der Beruf des Soldaten wurde durch gesetzliche Privilegien und soziale Stellung bevorzugt. Selbst in England, das nicht militaristisch ist, wird eine künstliche Bewunderung für Heer und Flotte hervorgerufen, damit der Bürger die nötigen Steuern aufbringt. Die zwei Millionen englischer Völkerbundsbeitrag werden häufiger kritisiert als die tausendmal so großen Summen für den Militär- und Marinehaushalt. Internationale Schiedsabkommen bedeuten letzten Endes nur eine Zusage, sich in der Zukunft friedlich verhalten zu wollen; ihre Innehaltung hängt also vom guten Glauben ab. Die Abrüstung ist die einzig wirklich positive Maßnahme zur Erhaltung des Friedens.

Cecil zeichnete dann die indirekten Versuche, an das Abrüstungsproblem heranzukommen: der Vertrag über gegenseitige Unterstützung, das Genfer Protokoll, das Vertragswerk von Locarno, dessen allgemeine Ausdehnung notwendig ist. Der direkte Angriff auf die Rüstungen ist seit dem Scheitern der Dreimächtekonferenz, seit 1927, ins Stocken geraten. Jetzt liegt das neue Angebot der Vereinigten Staaten vor, zu einem Abkommen zu gelangen. In bezug auf die Abrüstung der Landheere sind noch geringere Fortschritte erzielt. Jedoch erscheint Cecil der provisorische Beschluß in bezug auf ausgebildete Reserven nicht so verhängnisvoll, wie die meisten ihn darstellen. Es ist in Wirklichkeit eine Frage der Wahl zwischen der allgemeinen Wehrpflicht und dem freiwilligen Heere. Wenn man die allgemeine Wehrpflicht mit kurzer Dienstzeit hat, ergibt sich zweifellos eine große, ausgebildete Reserve. Aber wenn die Dienstzeit kurz genug ist, wird diese Reserve, die wahrscheinlich dazu ausreicht, um die Schützengräben zu halten,

für einen Angriff vollkommen nutzlos

sein. Es ist noch fraglich, ob Europa einer Kriegsgefahr mehr ausgesetzt ist, wenn seine Heere verhältnismäßig groß sind und nur eine Milizausbildung bekommen, oder wenn die Heere zwar klein bleiben, aber dafür zur höchsten Leistungsfähigkeit gebracht werden.

Wenn die Konferenz zwischen England, Japan und Amerika zu einer Regelung der Flottenabrüstung führt, wird sie der allgemeinen Abrüstung einen mächtigen Antrieb geben. Die Befürworter eines dauernden Friedens haben Gründe genug, für ihre Sache zu kämpfen und mit Zuversicht in die Zukunft zu sehen. „Im Vertrauen auf die Gerechtigkeit und auf die gute Sache, die wir vertreten — so schloß Cecil seine Ausführungen — wollen wir uns vom Pessimismus befreien und den Erfolg erzwingen."

Schutz der Mutter!

Vor den Schlingen der Gesetze.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags begann gestern die Beratungen des Abtreibungsparagraphen. Nach § 253 wird Gefängnisstrafe einer Frau angedroht, die ihre Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet oder die Tötung durch einen anderen zuläßt. Dieselbe Strafe soll denjenigen treffen, der eine Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet. Der Versuch soll strafbar sein.

Nach § 254 soll Bestrafung nicht eintreten, wenn ein approbierter Arzt eine Schwangerschaft unterbricht, weil es nach den Regeln der ärztlichen Kunst zur Abwendung einer auf andere Weise nicht abwendbaren ernsten Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Mutter erforderlich ist.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) begründete einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des Abtreibungsparagraphen und für den Fall der Ablehnung dieses Antrages auf Straflosigkeit einer Abtreibung, die mit Einwilligung der Schwangeren von einem approbierten Arzte innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft vorgenommen worden ist. Die Aufrechterhaltung der Strafbarkeit jeder Abtreibung sei mit den heutigen Anschauungen des Volkes nicht mehr vereinbar. Man empfände nicht mehr die Abtreibung als eine unsittliche Handlung und man könne nicht für strafbar erklären, was nicht als unsittlich empfunden werde. Die Beschränkung der Kinderzahl erfolge aus wirtschaftlicher Not, weil die Gefahr bestehe, daß das Lebensniveau einer Familie herabgedrückt werde, wenn die Zahl der Kinder zu groß werde. Das Gesetz gestatte die Verhinderung der Empfängnis, erlaube also eine Geburtenregelung. Da könne es nicht unmoralisch sein, wenn zur Geburtenregelung Abtreibungen erfolgen. Früher sei die Beschränkung der Geburtenzahl auf die begüterten Bevölkerungskreise beschränkt gewesen. Damals hat sich kein Mensch aufgeregt. Erst seitdem auch die werktätige Bevölkerung den Kinderreichtum einschränkt, spricht man vom Sinken der Moral. Die steigende Zahl der berufstätigen Frauen und die Berufsarbeit der verheirateten Frauen außerhalb ihres Hauses zwängen häufig zur Einschränkung der Kinderzahl. Die stark gewachsene Wohnungsnot wirkt in derselben Richtung. Bei unehelichen Müttern käme noch die Angst vor Schande hinzu. Gerade weil eine normale Mutter voll Freude der Geburt eines Kindes entgegensieht, könnten es nur zwangsmäßig wirkende Verhältnisse sein, die zur Abtreibung führten. Man beseitige die sozialen Mißstände, und die Zahl der Abtreibungen würde von selbst zurückgehen. Mit Strafparagraphen sei das nicht zu erreichen. Daß die Strafe nicht abschreckend wirke, zeigt die zunehmende Zahl der Abtreibungen. Tatsächlich bestraft wegen Abtreibung werden überwiegend Frauen des werktätigen Volkes. Die Frauen der besitzenden Klassen haben Geld und alle sonst erforderlichen Hilfsmittel, um ohne jede Gefahr strafrechtlicher Verfolgung sich der Frucht zu entledigen. So wirke der Abtreibungsparagraph als

Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse.

Er müsse fallen, um nicht schlimmstes Klassenunrecht zu konservieren. Mindestens müsse die Abtreibung straflos sein, wenn sie in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft erfolge. Entsprechend müßte in der Reichsversicherungsordnung vorgesehen werden, daß die vom Gesetz gestattete Einleitung der Abtreibung als Krankenhilfe im Sinne des Gesetzes anzusehen sei. Es dürfe auch nicht mehr Bestrafung eintreten, wenn seit der Abtreibung ein Jahr vergangen war. In besonders leichten Fällen müsse das Gericht von Strafe absehen können. Ferner sei erforderlich, daß den Aerzten das Recht gegeben werde, die Geburt eines siechen oder geistig minderwertigen Kindes zu verhindern oder einen Eingriff zu machen, um einen schweren wirtschaftlichen Notstand für das zu erwartende Kind vorzubeugen oder wenn die Schwängerung bei Verübung von Notzucht, Schändung, Blutschande oder Unzucht mit Kindern eingetreten sei.

Abg. Strathmann (Dnatl.) widersprach der Forderung auf Straflosigkeit der Abtreibung oder auf Einschränkung der Strafbarkeit. Es handle sich um die Tötung eines noch ungeborenen Menschen, und jede Tötung müsse strafbar sein. Die Straflosigkeit müsse aus Achtung vor der Heiligkeit des werdenden Lebens abgelehnt werden. Die Straflosigkeit würde bedeuten, daß eine Stütze des sittlichen Rechtsbewußtseins des Volkes eingerissen werde. Alle sozialdemokratischen Milderungsanträge müßten abgelehnt werden, da schon der Gesetzentwurf in seiner Milde zu weit gehe.

Abg. Bell (Ztr.) widerspricht ebenfalls einer Abschwächung der Abtreibungsbestimmungen. Der Schutz der ungeborenen Kinder dürfe nicht verringert werden. Das Recht der hilflosesten Wesen, der noch nicht Geborenen, werde unzureichend geschützt, wenn die sozialdemokratischen Anträge angenommen würden. Alle Milderungsanträge sollten abgelehnt werden.

Abg. Alexander (Komm.) trat für die Straflosigkeit der Abtreibungen ein.

Die Beratung wurde dann auf Donnerstag vertagt.

Freitod eines Landrats.

Infolge Ueberarbeitung krank geworden.

Magdeburg, 4. Juni.

In der vergangenen Nacht hat sich der Landrat des Kreises Wanzleben, Kehling, in seinem Dienstzimmer erschossen. Ueber den Selbstmord Kehlings, der der Sozialdemokratie angehört, schreibt die „Magdeburger Volksstimme", daß führenden Parteigenossen der leidende Zustand Kehlings seit längerer Zeit aufgefallen sei. Deshalb habe man ihn in freundschaftlicher Weise nahegelegt, einmal für längere Zeit die Dienstgeschäfte abzugeben. Für Montag war Kehling zu einer Aussprache nach Magdeburg gebeten worden, um die Einzelheiten des Urlaubs festzulegen. Kehling reiste aber nicht nach Magdeburg, sondern irrte, wie man annimmt, während des Tages umher und erschoß sich des Nachts in seinem Dienstzimmer, wo ihn seine Frau fand. In einer heute abgehaltenen Kreisausschuß-Sitzung wurde von der Rechten, der bürgerlichen Mitte und den Sozialdemokraten des Falles gedacht und der besonderen Hochachtung für Kehling Ausdruck gegeben. Landrat Kehling war seit 1922 in seinem Amte. Er war aus der Arbeiterschaft hervorgegangen und erfreute sich allgemeiner Beliebtheit.

Pariser Reparationsdebatte vertagt.

Am Dienstag abend wurde nach einer Rede Poincarés und Stellung der Vertrauensfrage die vom Sozialisten Renaudel beantragte Interpellation über die Reparations- und Schuldenregelung mit 321 gegen 249 Stimmen bis zum 25. Juni vertagt.

Die Staatsschulden der Vereinigten Staaten sind seit Mai 1928 bis Mai 1929 von 17 Milliarden Dollar um 670 Millionen Dollar gefallen.

Produktion fürs Volk — nicht zum Profit!

Sozialdemokratische Wirtschaftskritik im Reichstag.

Im Reichstag wiederholte am Beginn der Dienstagsitzung Abg. Graf Westarp (Dnat.) den Versuch, eine Debatte über die Pariser Verhandlungen herbeizuführen. Unter Protest gegen „Mundtotmachung" im Auswärtigen Ausschuß beantragt er als ersten Punkt der Tagesordnung: Aufforderung an die Regierung, sich über die Pariser Verhandlungen zu äußern.

Dem Antrag wird auf der Linken widersprochen, damit ist er erledigt.

Abg. **Stoecker** (Komm.): Der Donner der deutschnationalen Presse hat im Auswärtigen Ausschuß ein klägliches Echo gefunden. Eine Fünfminutenrede Westarps war alles.

Abg. **v. Lindeiner-Wildau** (Dnat.): Diese Rede wird charakterisiert durch ihre Erzählung aus einer vertraulichen Ausschußberatung. (Heiterkeit.) Diese Vertraulichkeit hindert uns, Stoeckers Darstellung zu widerlegen.

Einsprüche dreier Hakenkreuzler gegen ihre Ausschließung aus einer früheren Sitzung werden — nach Ablehnung der geforderten wörtlichen Verlesung ihrer Einsprüche — zurückgewiesen.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt beim

Reichswirtschaftsministerium

mit dem Bericht über die Weltwirtschaftskonferenz in Genf, Anträgen und Interpellationen aus dem Hause.

Reichswirtschaftsminister Dr. **Curtius:** Wenn es in Paris zu einer Einigung kommt, wird die Regierung ein umfassendes Reformprogramm vorlegen. Der Mittelstand hat ein Recht darauf, daß in der Etatsrede des Reichswirtschaftsministers seine Nöte eingehend behandelt werden. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand in angemessenen Grenzen zu halten ist. Durch die wirtschaftlichen Betriebe des Reiches wird dem mittelständischen Gewerbe keine besondere Konkurrenz bereitet, da das in der Hauptsache gemeinnützige öffentliche Versorgungsbetriebe sind. Die Deckung des Bedarfes der Behörden muß unter besonderer Berücksichtigung des mittelständischen Gewerbes erfolgen. Die Beschäftigung der Strafgefangenen mit produktiver Arbeit ist aus erziehlichen Gründen notwendig. Im Wohnungswesen muß eine Benachteiligung des privaten Baugewerbes gegenüber den sozialen Baubetrieben verhindert werden. Der Einzelhandel muß sich in seinem Existenzkampf besonders des genossenschaftlichen Zusammenschlusses bedienen. Die Reichsregierung hat in der Fürsorge für den Mittelstand durchaus produktiv gewirkt. Sie wird auch fernerhin ihr Bestes tun, um seinen Nöten und Sorgen Abhilfe zu bringen. Zur Abschaffung der Innungskrankenkassen sehe ich keinen Grund, wohl aber zu ihrer Zusammenfassung.

Abg. Krätzig (Soz.):

Die Lage des Mittelstandes ist zum großen Teil nicht rosig. Er teilt dieses Schicksal mit anderen Volksschichten, man denke nur an die Zehntausende Angestellten, die stellenlos herumirren und der Verzweiflung anheimfallen. Ohne Rücksicht auf das Schicksal des einzelnen geht die privatkapitalistische Produktionsweise ihren zermalmenden Weg. Der Mittelstand könnte darum sein Schicksal mit dem der Arbeiter verbunden sehen, er müßte versuchen, mit der organisierten Arbeiterschaft eine Wandlung in unserer ganzen Volkswirtschaft herbeizuführen.

Bei den Reden mancher bürgerlichen Sprecher im Ausschuß mußte man sich erinnern, daß die Christliche Volksgemeinschaft doch eine Pflicht begründet gegenüber jenen Volksgenossen, die durch organisatorische Fehler der Produktionsweise um ihre Existenz gebracht worden sind. Unsere Volkswirtschaft ist nicht eine Wirtschaft des Volkes, die darauf ausgeht, zu produzieren, um den Bedarf des Volkes zu decken. Das geschieht heute nicht, denn es wird

produziert, nur um Profit zu erzeugen.

Aus diesen Zuständen aber drohen dem ganzen privatkapitalistischen Wirtschaftsgebäude schwere Gefahren. Wenn man den Ursachen der Arbeitslosigkeit nachgeht, so erkennt man sie als Auswirkung eines auswegslosen Wirtschaftssystems, das periodisch zu Krisen führt. Ein Ziel ist nicht zu erkennen, planlos wird fortgewurstelt und ins Verderben hineingegangen. Von den Parteien aber, die für die Unantastbarkeit der Produktionsweise eintreten, hört man nicht, wie die Quellen der Arbeitslosigkeit zu verstopfen sind, sondern den Wunsch nach Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung. Dadurch würde aber das Unheil noch verheerender werden.

Glaubt man, daß die Hunderttausende Arbeitslosen Lust hätten, zu verhungern, um diese Profitwirtschaft weiter zu ermöglichen?

Wir warnen vor solchen Illusionen. Denken Sie an die furchtbare materielle und seelische Not der Zehntausende Angestellten und Hunderttausende Arbeiter, die im besten Alter und bei voller Befähigung auf die Straße geworfen werden, weil man ihnen billigere Kräfte vorzieht. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband berichtete in einer Anklageschrift an das Reichsarbeitsministerium, daß er sich an 6000 nationale Unternehmer mit dem Ersuchen gewandt hat, ältere und hochangesehene Angestellte mit reicher geschäftlicher Erfahrung einzustellen — in allen 6000 Fällen ist er abgewiesen worden! (Hört! hört! links.)

Das Kapital pfeift auf den Nationalismus, wenn ein paar Mark Profit auf dem Spiele stehen.

So werden auch diese Angestellten zu der Erkenntnis kommen, die bei anderen schon vorhanden ist, daß diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende gemacht werden muß.

Da nicht persönliche, sondern gesellschaftliche Ursachen diese periodisch wiederkehrenden Krisen hervorrufen, und da der Staat diese Wirtschaftsweise schützt, hat er auch die Pflicht, ihre Opfer zu schützen. (Sehr wahr! links.) Das ist der grundsätzliche Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei, von dem wir unter keinen Umständen abgehen werden. Sollten wir diesem Grundsatz noch nicht Geltung verschaffen können, so werden wir immer wieder damit kommen, bis es uns gelungen ist. Der Hochkapitalismus hat 80 Proz. des deutschen Volkes zu Lohnempfängern gemacht und mindestens 80 Proz. davon sind Proletarier. Millionen von ihnen sind zeitweilig ohne Erwerb und in der bittersten Not.

Hätten wir eine Volkswirtschaft, die nicht der Erzeugung von Profit, sondern der Versorgung der Staatsbürger zu dienen hätte, dann könnte die Differenz zwischen Erzeugung und Verbrauch nicht solch schwere soziale Störungen hervorrufen; wenn zuviel erzeugt würde, dann würde die höhere Produktion nicht Elend für Millionen bedeuten, sondern vermehrten Lebensgenuß für alle.

Aber für die Verteidiger des kapitalistischen Systems hat diese Erwägung kein Interesse. So sehen wir, daß Gebrauchsgegenstände infolge Absatzmangels aufgehäuft werden, die Verkäufer aber, darunter der gewerbliche Mittelstand, über den Verlust ihrer Existenzmöglichkeit jammern. Auf der anderen Seite stehen Millionen Volksgenossen, die bitterste Not leiden, weil sie das Geld nicht haben, um in den Besitz der Produkte zu kommen. Es liegt in der Natur der kapitalistischen Wirtschaft, den Produktionsapparat immer leistungsfähiger zu machen, aber dieselbe Wirtschaft unterläßt es, die Massen genug kaufkräftig zur Aufnahme der Mehrproduktion zu machen. In Zeiten schlechter Konjunktur wollen dann die Unternehmer den ungenügenden Warenabsatz durch Herabsetzung der sozialen Leistungen ausgleichen, wodurch die Kaufkraft der Massen noch mehr geschwächt würde. Die Berichte der deutschen Textilindustrie und des Textilhandels erklären, daß in allen Branchen viel zu wenig abgesetzt wird, weil

die Kaufkraft des Volkes zu gering

ist. Die deutsche Schuhindustrie hatte im letzten Jahr 40 000 Vollerwerbslose und dazu die vielen Kurzarbeiter, aber nicht weil zu viel Schuhe vom Ausland hereingebracht worden wären, sondern weil zu wenig Schuhe in Deutschland gekauft werden können. In Amerika werden jährlich im Durchschnitt drei bis vier Paar Lederschuhe verbraucht, in England zwei bis drei, in Deutschland nur ein Paar pro Einwohner. Könnten die Deutschen jährlich zwei Paar Schuhe kaufen, so würde die Schuhindustrie keinen einzigen Erwerbslosen haben. Durch volle Ausnutzung der verbesserten Produktionseinrichtungen infolge gesteigerten Absatzes könnte aber auch billiger produziert werden. Statt dessen behaupten die Wirtschaftsführer, Deutschland müßte mehr arbeiten und weniger verbrauchen. Mehrarbeit ohne Mehrabsatz wäre jedoch sinnlos. Man will die Vorzugsstellung der deutschen Industrie in der Vorkriegszeit wieder gewinnen. Diese Vorzugsstellung verdankte sie der besseren Allgemeinbildung des deutschen Volkes und der daraus entstandenen besseren technischen und kaufmännischen Produktionsleistung. Dadurch hatten wir vor vielen anderen Völkern einen Vorsprung, den jedoch der Krieg mit rauher Faust zerstört hat. Aber

unsere Wirtschaftsführer jagen dem Phantom nach, billiger als das Ausland produzieren zu müssen.

Auf der jüngsten Tagung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute wurde über Arbeitszeit und Arbeitslohn gesprochen und ein groß angelegter Kriegsplan gegen die Arbeiterschaft beraten. Durch Querverbindung in der Organisation der Werke soll eine große Einheitsfront der Rohstoff- und der weiterverarbeitenden Industrie geschaffen werden, um die Arbeiterschaft unter die Knute zu zwingen. Das ist

ein recht gefährliches Spiel mit dem Feuer. Die Arbeiterschaft weiß, daß der Ansturm gegen die Arbeitslosenversicherung nur dem Zweck dienen soll, die Erwerbslosen durch Hunger zu einer Armee von Lohndrückern zu machen. Dagegen wird sich die Arbeiterschaft bis zum Aeußersten zu wehren wissen.

(Lebhafte Zustimmung der Soz.)

Statt einer Stärkung der inneren Kaufkraft verpulvert man das Volksvermögen beim Export, und die Konzerne treiben die Preise ins ungeheure. Dazu das Geschrei von Kapitalmangel, das in dieser Allgemeinheit nicht berechtigt ist. Ein gewisser Kapitalmangel hat immer bestanden, wenn es heute etwas schlimmer ist, so liegt das daran, daß wir Mangel an rationeller Verwendung des neuen Kapitals haben. Vor dem Krieg dominierte der Individualunternehmer, und das in den Sparkassen aufgesammelte Kapital finanzierte die Betriebe und ermöglichte eine zweckmäßigere Verwendung des Kapitals als heute, wo mehr als zwei Drittel des Kapitals in Konzernen und Trusts zusammengefaßt sind. Dieses

Kapital wird ohne Rücksicht auf die Volksinteressen verwendet. Die Konzern- und Monopolbetriebe arbeiten häufig geradezu zwecklos,

so in der Kaliindustrie, wo von 205 Zechen ganze 43 produzieren. Wir sehen die gewaltige Verteuerung der Baustoff- und Zementpreise, die den Wohnungsbau hindert, während die Syndikate förmlich in Gold schwimmen. Das westdeutsche Zementsyndikat nützt seine Anlagen nur zu 35 Proz. aus, das oberschlesische Zementsyndikat nur zu 60 Proz., hat aber 10 Millionen Rohgewinn und 6,1 Millionen aus laufenden Mitteln für Betriebserweiterung verwendet. Die Bergbaugesellschaft „Hibernia" hat seit 1925 rund 30 Millionen zum Ausbau ihrer Anlagen verwendet, der Ruhrbergbau hat 60 Proz. seiner Erweiterung aus den laufenden Einnahmen bestritten, andererseits aber noch abbaufähige Zechen stillgelegt. Krupp baut ein neues Röhrenwerk, obwohl die bestehenden nur zu 40 Proz. ausgenutzt werden. Die Hamburg-Amerika-Linie klagt ständig, daß viel zu viel Schiffsraum in der Welt sei, legt aber unausgesetzt Neubauten auf Stapel. Die Rohstahlindustrie baut ihre Leistungsfähigkeit auf 23 Millionen Tonnen im Jahre aus, obwohl gar keine Aussicht darauf besteht, diese Menge auszunützen. Man sagt sich, der Produktionsapparat müsse möglichst groß sein, damit er bei aufsteigender Konjunktur recht viele Aufträge an sich reißen, woran man wieder sein Geschäft machen könne. Der erweiterte Produktionsapparat bleibt unausgenutzt, man erhöht ständig die Produktpreise, verschlechtert selbst den Markt und fördert neue Wirtschaftskrisen. Das ist eine ganz falsche Methode. Richtig ist der Weg, den die Gewerkschaften aller Richtungen zeigen, nämlich dem Arbeiter einen größeren Anteil am Sozialprodukt zu geben. In dieser Beziehung steht Deutschland noch sehr hinter anderen Ländern zurück.

Ein Vergleich der Löhne 1928 in Gold läßt sich in folgenden Zahlen ausdrücken: England 200, Amerika 230, Skandinavien 265, Holland 250—300, Deutschland 180. Dieser niedrige Lohnstand in Deutschland ist die Hauptursache des geringen Warenumsatzes und dadurch wird wiederum die Arbeitslosigkeit hervorgerufen.

Eine Arbeitslosigkeit von 2½ Millionen wie im Februar mit einer wöchentlichen Einbuße von 20 M. bedeutet einen Verlust von 50 Millionen Kaufkraft. Der Produktionsapparat darf nicht auf Profiterzeugung, sondern muß auf Abbau der Preise eingestellt sein, um einen höheren Warenabsatz zu erzielen. Tun das die Wirtschaftsführer nicht, dann haben sie den schärfsten Kampf der Arbeiterschaft zu erwarten. Vorläufig sehen wir eine Erhöhung des Eisenpreises um 4 M. pro Tonne, was bei einem Verbrauch von 10 Millionen Tonnen einen Extratribut von 40 Millionen Mark an die Eisenindustrie bedeutet. Natürlich kann dann die weiterverarbeitende Industrie nicht billiger werden.

Eine Kurpfuscherei ist es, Erhöhung der Zölle zu verlangen und dadurch die Lebenshaltung der Massen noch weiter herunterzudrücken. Außerdem würden wir uns damit in Gegensatz zu den Genfer Empfehlungen stellen, die wir selbst unterzeichnet haben. Zollerhöhung wäre das Gegenteil von dem, was wir für die Gesundung der Volkswirtschaft als richtig ansehen. Die Preistreiberei der Kartelle muß beseitigt werden. Wir haben uns darangemacht, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten, an Stelle der Vorschläge der Kartelljuristen, die wir als eine Verhöhnung des in dieser Frage empfindlich gewordenen Rechtsgefühls des Volkes ansehen.

Die Klagen des Mittelstandes über die Preisdiktatur der Kartelle werden immer größer. Man zwingt sogar das Gewerbe, zu notwendigem Bedarf auch noch Artikel zu kaufen, die es nicht braucht. (Hört! Hört!) Es ist die Pflicht des Staates, diesen wirtschaftlich ungesunden Zuständen ein Ende zu bereiten.

Nicht länger dürfen ein paar Kartellkönige über das Schicksal ganzer Wirtschaftszweige mit hunderttausenden Arbeitern, Angestellten und Beamten entscheiden.

Zu meiner Freude hat auch der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns auf der Genfer Arbeitskonferenz ähnliche Ansichten entwickelt.

Wenn die Industrialisierung und die Produktion sich so weiter entwickeln, wie wir das jetzt in den meisten Industriestaaten der Welt sehen, so werden immer größere Störungen und Schwierigkeiten des gesellschaftlichen Lebens eintreten. Diese lassen sich nicht durch reaktionäre Maßnahmen überwinden, sondern nur durch die Zuführung eines größeren Anteils am Sozialprodukt an die werktätige Bevölkerung. Es ist das nicht nur das Interesse der Arbeiterschaft allein, sondern das allgemeine Interesse fordert, daß ein technisch exportfähiges Land wie Deutschland seiner Industrie und seiner Landwirtschaft im Inland höheren Absatz verschafft. Das ist nur so möglich, daß

die Volkswirtschaft eine solide und sichere Grundlage

erhält, die sie befähigt, preiswerte Qualitätswaren hervorzubringen. Nur mit solchen Qualitätswaren werden wir deutschen Waren eine Bevorzugung in der Welt gewinnen. Darüber hinaus aber werden wir Sozialdemokraten uns bemühen, die Volkswirtschaft zu einer wahren Wirtschaft des Volkes zu machen, zu einer Wirtschaft durch und für das Volk. (Stürmischer Beifall der Soz.)

Abg. **Lejeune-Jung** (Dnat.): Diese Rede des Abg. Krätzig lehrt, welch schweren Stand der volksparteiliche Wirtschaftsminister im Kabinett hat. Er sollte sich für eine wirkliche Reform der Arbeitslosenversicherung einsetzen und sich der Forderung der Sozialdemokraten auf Beitragserhöhung bis zur äußersten Konsequenz seines Rücktritts widersetzen. Alle Maßnahmen der Reichsregierung sind nur ein Kurieren an Symptomen, solange sich nicht auch der Wirtschaftsminister zu dem Grundsatz bekennt, daß die ausländische Einfuhr an Agrarprodukten auf das notwendigste beschränkt werden muß.

Man kann heut in Deutschland geradezu von einem Freihandelsfanatismus sprechen.

Keiner der Handelsverträge hat die erwarteten Erfolge gezeitigt. Nach Griechenland ist die Ausfuhr sogar zurückgegangen. Lediglich nach Polen, mit dem wir keinen Handelsvertrag haben, weist die Ausfuhr eine steigende Kurve auf. Den letzten Blutstropfen sucht man aus der deutschen Wirtschaft für Tributforderungen herauszupressen. Der Wirtschaftsminister muß die Pariser Vereinbarung ablehnen und die entsprechenden Folgerungen für unsere Zoll- und Handelspolitik ziehen.

Abg. **Schlack** (Ztr.): Die gegenwärtige rückläufige Konjunktur ist von einer empfindlichen Geldknappheit begleitet. Die Zinserhöhung der Großbanken hat die Schwierigkeiten der Wirtschaft noch vergrößert. Die Großbanken sollten eigentlich Diener der Wirtschaft sein, bei uns haben sie sich aber zu Beherrschern der Wirtschaft aufgeschwungen.

Es werden zu viel Auslandswaren in Deutschland verbraucht, gerade von den Begüterten, die sich „national" nennen.

Einen Gewinn bedeutet die Ausfuhr nicht, wenn sie nur dadurch ermöglicht wird, daß die Inlandspreise gesteigert werden, damit die Ausfuhr billiger gehalten werden kann. Gegen die Diktatur der Kartelle reichen Gesetze nicht aus, dazu muß die genossenschaftliche Selbsthilfe des Volkes kommen.

Um 6½ Uhr wird die Weiterberatung auf heute, Mittwoch, 3 Uhr, vertagt.

Wechsel im Breslauer Polizeipräsidium. Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, hat das preußische Staatsministerium in seiner Sitzung vom Dienstag beschlossen, den bisherigen Polizeipräsidenten von Breslau, Kleiböhmer, in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Mit der kommissarischen Verwaltung des Polizeipräsidiums ist der bisherige Oberregierungsrat beim Oberpräsidium, Thaiß, beauftragt worden.

Die Verantwortlichen für Jacubowskis Hinrichtung.

Ich habe mich auf den da... ich auf den da... ich auf den da — verlassen!

Kleider-Stoffe

Bedruckter **Wollmusselin** verschiedene Muster ..... Meter **1.35**

Travers moderner Jumperstoff ..... Meter **1.95**

Wollmusselin in den neuesten Druckmustern, ca. 80 cm breit ..... Meter **2.90**

Elfenbein-Woll- **Crêpe de Chine** gute Kleiderware ..... Meter **3.75**

Wollgeorgette moderne Farben ..... Meter **3.90**

Mantelstoffe im Herrenstoffgeschmack, ca. 140 cm breit ..... Meter **4.50**

Seiden-Stoffe

Bastseide naturfarbig ..... Meter **1.85**

Toile de soie reine Seide, für Kleider und Wäsche ..... Meter **2.85**

Foulard-Seide aparte Druckmuster ..... Meter **4.90**

Crêpe de Chine reine Seide, gute Kleiderqualität, in großem Farbenortiment ..... Meter **4.90**

Toile de soie rayé reine Seide, feine Farben, schöner Glanzstreifen ..... Meter **5.50**

Crêpe de Chine bedruckt, feesche Dessins ..... Meter **6.50**

Baumwoll-Stoffe

Waschcrêpe kariert ..... Meter **48 Pf.**

Musselin Baumwolle, moderne Muster ..... Meter **55 Pf.**

Waschseide Kunstseide mit Baumwolle, aparte Muster ..... Meter **78 Pf.**

Vollvoile ca. 100 cm breit, modern bedruckt ..... Meter **95 Pf.**

Waschseide Kunstseide mit Baumwolle, aparte kleine Seidenmuster ..... Meter **1.25**

Wolina das neue Gewebe, moderne Muster ..... Meter **1.65**

Außerdem **Kinder-Wäsche**

Um den Kindern eine besondere Freude zu bereiten, haben wir in allen unseren Häusern Vergnügungsplätze geschaffen, auf denen sich die Kleinen unter Aufsicht Erwachsener nach Herzenslust vergnügen können.

HERMANN TIETZ

DAS WAHRZEICHEN FÜR BILLIG GUT

Leipziger Str. * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Belle-Alliance-Str. * Brunnenstr. * Kottbuser Damm * Wilmersdorfer Str. * Andreasstr.

Mittwoch, 5. 6. **Staats-Oper** Unter d. Linden A.-V. 144 18½ Uhr **Siegfried**

Mittwoch, 5. 6. **Städt. Oper** Bismarckstr. Turnus I 20 Uhr **Tosca**

Staats-Oper Am Pl. d. Republ. R.-S. 128 20 Uhr **Luisa Miller**

Staatl. Schausph. am Gendarmenmarkt A.-V. 132 20 Uhr **Störungen**

Staatl. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr **Der Friseur von Roßlagen**

SCALA 8 Uhr B 5 Barbarossa 9256 **O'Hanlon & Zambuni** und die weiteren Attraktionen

PLAZA Am Kottbuser Platz Alex. 8005—08 Tägl. 5 u. 8¹⁵: Intern. Varieté. Vorverkauf stets für die laufende Woche inkl. Sonntag

Lustspielhaus Tägl. 8¼ Uhr **Arm wie eine Kirchenmaus** Skidelsky, Plink, Berisch u. a. Rundfunkhörer halbe Preise.

Kleines Theater Täglich 8¼ Uhr **Naß oder trocken?** nach dem amerikan. Schwank von Frank Green. Musikalische Illust. Fr. Holländer. Regie: Fr. Friedmann-Frederich.

Winter Garten 8 Uhr • Zentr. 2810 • Rauchen erlaubt. Don John Jazz-Girls, Bob Fisher singt Sonny boy, Antonet & Baby, Die berühmten Clowns und weitere Varieté-Neuheiten.

Rose-Theater Große Frankfurter Str. 132. Täglich 5.15 Uhr: **Spiel im Schloss.** Gartenbühne: Täglich 5.30 (Sonntag 5 Uhr) Konzert und Bunter Teil. Täglich 8.15 Uhr **Ein Walzertraum** Gr. Operette in 3 Akten v. Oscar Straus.

Renaissance-Theater Hardenbergstr. 6. Tel.: Steinp. C 1, 0801 und 2583/84. 8¼ Uhr Heute zum 25. Male 8¼ Uhr **Die heilige Flamme** Regie: Gustav Hartung.

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr Lothringer Straße 37. „Mädter von heute" und ein erstklassiger bunter Teil. Für unsere Leser: Gutschein für 1—4 Personen Fauteuil nur 1.15 M., Sessel 1.65 M., Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Reichshallen-Theater Allabendlich 8 Uhr **Stettiner Sänger** u. a.: „Eine Nacht im Ratsweinkeller". Sommerpreise 60 Pf. bis 2 M. Dönhoff-Brettl: (Saal und Garten) Varieté — Konzert — Tanz.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr **Trojaner**

Thalia-Theater 8½ Uhr **Pfarrhauskomödie**

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr **Der Friseur von Roßlagen**

Staatsoper am Platz der Republik 8 Uhr **Luisa Miller**

Theater am Schiffbauerdamm. Norden 1141 u. 281 Täglich 8 Uhr **Dreigroschen-Oper** Geber, Valetti, Lingen, Lovsky, Steckel

Metropol-Th. Festspiele 1929 Tägl. 8¼ Uhr **Blaubart** Operette von Offenbach Käthe Dorsch Leo Slezak

Omnibus 36 ab Grünau, Bohnsdorf bis Kirchplatz über 90 Parzellen an der Schönfelder Chaussee. Best. b. Restparzellen qm 1 M an. Verkäufer Sonntags anwesend. C. A. Winkler Zehlendorf-Mitte Teltower Str. 8. Zehlendorf 2228.

Deutsches Theater D. 1. Norden 12 310 8 U., Ende geg. 10½ **Die Gefangene** Schauspiel von Edouard Bourdet. Regie: Max Reinhardt.

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7316 8¼, Ende geg. 10½ U. **Der Mann, der seinen Namen änderte** 3 Akte von Edgar Wallace. Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele D. 1. Norden 12 310 8½ U. Ende nach 10 **Aufgang nur für Herrschaften** Kleine Komödie von Siegfried Geyer

Thalia-Theater Dresdener Str. 72-73. 8½ Uhr **Pfarrhauskomödie**

Berliner Theater Direkt. Heinz Herald Charlottenstraße 90 A. 7. Dönhoff 170 8¼, Ende 10¼ Uhr. Täglich **Die fünf Frankfurter** von Carl Rössler Regie: Eugen Robert.

Trianon-Th. Täglich 8¼ Uhr Sonntag 3½ u. 8¼ Gastspiel der Tegernseer Bauernbühne **Die 3 Dorfheiligen** Ein toller Schwank Preise: 2, 3, 4, 5 Mk. usw. Rundfunkhörer halbe Preise.

Lessing-Theater Täglich 8¼ Uhr **Ich betrüg' Dich nur aus Liebe** Ein Stück mit Musik nach Verneuil.

Dtsch. Künstler-Th. 8¼ Uhr **Prosit Gipsy** Operette v. Gilbert Agnes Esterhazy Fritz Schulz Rundfunkhörer halbe Preise

Thaat. am Kottb. Tor Kottb. Str. 6 Tägl. 8 Uhr **Elite-Sänger** Die Sensation: „Nerl ahats große Los!"

Theat. d. Westens Täglich 8¼ Uhr Sonntag 3½ u. 8¼ Franz Lehars Weiterfolgl **Friederike** Tel. Steinplatz 3121

Theater am Nollendorfplatz Täglich 8¼ Uhr **Die Männer der Manon** Operette in 3 Akten v. Walter W. Goetze

Rennen zu Karlshorst Mittwoch, den 5. Juni, nachm. 3 Uhr Kronen-Preis. Ausgleich I.

Barnowsky-Bühnen Theater in der Königgrätzer Straße Täglich 8¼ Uhr **Rivalen**

Komödienhaus Täglich 8¼ Uhr **Charleys Tante** mit Curt Bois.

Planetarium am Zoo Verlängerte Joachimsthaler Straße B. 5 Barbarossa 8575 16½ Uhr Sternbilder des Sommers 18¼ Uhr Der Glutball der Sonne 20¼ U. Von Pol zu Pol am Sternenhimmel! Tägl. außer Montags u. Mittw. Erwachs. 1 Mk., Kinder 50 Pf. Mittw.: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Parteigenossen und Republikaner finden in Königstein (Sächsische Schweiz), billige prächtige Sommerwohnung beim Gen. Freudenberger, Königstein, Am Heideberg. Ruhige Lage am Walde, reizende Aussicht zu Königstein und Lilienstein.

2 Mehrfamilienhäuser mit ca. 3 Morgen Hof, bezw. Acker, Nähe Wernigerode i. Harz, massiv mit Stallung, gut verzinslich, unter günstigen Bedingungen sofort billig zu verkaufen. Daselbst auch noch ca. 7 Morgen Acker und Obstgarten für Gärtner sehr geeignet, abzugeben. Anfragen erbeten an **Obering. Weller** Göttingen, Schildweg 15

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres geliebten, unvergeßlichen Vaters, Schwieger- und Großvaters, des Pianofabrikanten

Heinrich Noeske

sagen wir allen Freunden, Bekannten und Genossen, insbesondere Herrn Reichstagsabgeordn. Robert Schmidt für den ehrenvollen Nachruf am Sarge und der SPD. 45. Abtlg., unseren allerherzlichsten Dank.

Berlin SO 36, Grünauer Str. 21.

Heinrich Noeske, Familie W. Heyse, Familie A. Seidewitz.

10/10 MARK IN BAR der Schönsten, Anmutigsten und liebreizendsten **Sommerkönigin 1929 wird gewählt**

Vorwahlen: Donnerst., 6. Juni, 8—9 Uhr; Freitag, 7. Juni, 8—9 Uhr; Sonnabend, 8. Juni, 6—7 Uhr. Endwahl u. Krönung: Sonnabd., 8. 8. Juni

LUNAPARK

Sommerkönigin 1929

Für das **Gewerkschaftshaus in Plauen i. V.** wird ein erfahrener, tüchtiger **Geschäftsführer** gesucht. Antritt nach Möglichkeit zum 1. Juli 1929. Die Frau soll möglichst imstande sein, die Leitung der Küche zu übernehmen; ist jedoch nicht Bedingung. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen nebst Lichtbild sind bis zum 12. Juni 1929 zu senden an: Fritz Kämpfer, Plauen, Pausaer Str. 95.

Der Schrecken von Palingen.

Die Zeugenvernehmung im Rogens-Prozeß.

L. R. **Neustrelitz**, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Das war also der in Palingen allgemein gefürchtete Paul Kreuzfeld. Man erwartete einen breitschultrigen Menschen mit brutalen Gesichtszügen, einen Dorfraufbold, einen Draufgänger. Man sah ein schmächtiges Männlein, das sich langsam mit gebückter Haltung durch den Saal zum Zeugentisch bewegte und hörte ihn mit tonloser monotoner Stimme seine Aussagen machen. Vielleicht war es die Gefahr, die ihn so ducken ließ, vielleicht das böse Gewissen, das ihm dieses depressive Aussehen gab. Er weiß, daß er der Mittäterschaft dringend verdächtig ist, er weiß bestimmt mehr, als er heute zugab — das heißt, er gab heute überhaupt nichts zu. Allen Vorhaltungen setzte er sein starres Nein entgegen. So glaubte er am sichersten zu gehen. Sollte er sich etwa preisgeben? Spricht nicht der Beschluß der Strafkammer über die Einstellung des Verfahrens gegen ihn von dem Verdacht, der gegen ihn bestehen bleibt? Und sagte nicht der Vorsitzende vor Eintritt in seine Vernehmung in der Hauptverhandlung, daß sich der Verdacht gegen ihn noch verstärkt habe? Der Staatsanwalt erklärte nach Beendigung der Vernehmung, daß er bei der Abfassung der Anklageschrift durchaus nicht von der Unschuld des Zeugen überzeugt gewesen sei, sondern daß der Verdacht gegen ihn nicht ausgereicht habe, um ihn auf die Anklagebank zu setzen. Sagen wir es gleich heraus, vielleicht war die Hoffnung, die man auf die Vernehmung dieses Zeugen für die Aufklärung des Falles Jakubowski setzte, zu hoch gespannt, vielleicht war es aussichtslos zu erwarten, daß die Aussage eines Menschen, der einmal von dem Regierungsrat Steuding verhaftet war, später vom Oberstaatsanwalt Müller freigelassen wurde, jetzt Jakubowski entlasten wird. Das eine ist jedoch jetzt, nachdem man diesen Zeugen gehört hat, klar: Kreuzfeld hatte seine Hände mit im Spiele, und wäre das, was jetzt von ihm bekannt ist, schon während der Jakubowski-Verhandlung dem Gericht notorisch gewesen, wer weiß, ob Jakubowski nicht mangels Beweises freigesprochen worden wäre. Nun ist er aber hingerichtet, Kreuzfeld darf frei ausgehen.

Morgen ist Wilhelm Rogens an der Reihe, er wird die Seinigen belasten. Weiter wird der Münchener Kriminalpsychologe v. Hentig vor dem Richtertisch erscheinen; er hat gemeinsam mit Steuding die Untersuchung gegen Kreuzfeld und August Rogens geführt mit dem Ergebnis, daß alle drei verhaftet wurden. Staatsminister Hustädt hat sowohl seine Eignung wie die des Regierungsrats Steuding angezweifelt. Herr Hustädt hat sich dabei wohl etwas übernommen, ganz so, wie er bei der Vollstreckung der Todesstrafe an Jakubowski sich übernommen hat . . .

•

Bei der Fortsetzung der Beweisaufnahme im Prozeß gegen Rogens und Genossen beantragt R.-A. Dr. Brandt die Ladung des Kriminalpsychologen Hans von Hentig, der mit Steuding zusammengearbeitet hat. Der Oberstaatsanwalt schließt sich diesem Antrag an, teilt aber gleichzeitig mit: Der Scharfrichter Gröppler hat telephonisch sagen lassen, er wüßte von nichts.

Wir sind nun einmal ein kleines Land und müssen unnötige Kosten vermeiden. Können wir nicht auf seine Ladung verzichten?

Diese Frage wird zurückgestellt. Dann wird mit der Vernehmung des Rechtsanwalts Koch, des Verteidigers im Jakubowski-Prozeß, fortgefahren. Vors.: Wann und weshalb sind Ihnen Zweifel an dem Alibi des August Rogens gekommen? Zeuge Koch: Ich erfuhr, daß er unterwegs nach Palingen eingekehrt war. Das habe ich der Staatsanwaltschaft mitgeteilt. Als ich von der angeblichen Schuld Blöckers und Kreuzfelds hörte, habe ich den Oberlandjäger gebeten, ja Erhebungen vorzunehmen. **Leider hat ihm Oberstaatsanwalt Müller verboten, solche Erhebungen zu veranstalten.** Vors.: Er hat ihm doch nur verboten, auf Ihre Anregung tätig zu werden? Zeuge Koch: Allerdings. Nach seiner Verurteilung wegen Diebstahls hat Jakubowski, wie Koch weiter angibt, ihm im Gefängnis den Diebstahl zugegeben. Nach seiner Verurteilung wegen Mordes hat er das aber nicht getan. Der Vorsitzende weist dann darauf hin, daß sich die erste Verdächtigung Jakubowskis gegen Fritz Rogens richtete und daß er diese auch in einem Brief an seinen Verteidiger niedergelegt hat.

Die Stelle dieses Briefes lautet: „. . . den ich Mi denken, daß Fritz giwus wu Ewald abgibliben Vileaich de gas kranken Hannes Rogens mit gischpil ud umgibrach un Fritz weggibrach nachdehaide ain Ondlich Man auf son klein Kind nich Begreifen un na Kaninchen loch tun schtecken, den Man muß une Verschtan giweisen."

Das sollte heißen: „. . . denn ich denke mir, daß Fritz gewußt hat, wo Ewald geblieben ist. Vielleicht hat der geisteskranke Hannes Rogens mit ihm gespielt und ihn umgebracht, und Fritz hat ihn dann nach der Heide geschafft. Ein ordentlicher Mann vergreift sich nicht an solch einem kleinen Kinde und steckt es nicht in ein Kaninchenloch. Der Mann muß ohne Verstand gewesen sein." Gegen einen Mann, der so ein Deutsch schrieb, wurde ohne Dolmetscher verhandelt!

Auf Befragen durch Rechtsanwalt Dr. Brandt betont Dr. Koch, Jakubowskis letzter Wunsch soll darin bestanden haben, seine Anni noch einmal zu sehen. Im übrigen habe Paul Kreuzfeld in schlechtem Ruf gestanden, und selbst dessen Vater habe eine solche Meinung gehabt. Kreuzfeld habe bessere Wohnverhältnisse in der Kate haben wollen und sich deswegen auch an das Wohnungsamt gewandt. August Rogens: Sie sagen, ich sei der Täter? R.-A. Koch: **Jawohl. Sie haben es getan und Ihre Mutter hat Sie angestiftet! Das sage ich Ihnen gerade ins Gesicht!** R.-A. Müller: Dafür haben Sie doch gar keine Anhaltspunkte. Solche Vorwürfe sind auch gar nicht Ihre Aufgabe. Vors.: Allerdings nicht, aber wir haben den Zeugen nach seiner Meinung gefragt.

Nach der Mittagspause wird zunächst auf die Vernehmung des Scharfrichters verzichtet, da unterstellt wird, daß Jakubowski bis zum Schluß seine Unschuld beteuert hat. Dann wird der Lebenslauf des Fritz Rogens verlesen, in dem dieser die traurigen Verhältnisse erzählt, unter denen er aufgewachsen ist, seinen mangelhaften Schulbesuch und seine häufige Arbeitslosigkeit nach der Schulzeit darlegt und schließlich sein Geständnis wiederholt, in welchem Jakubowski als Täter und er selbst als Helfer dargestellt wird. Der Lehrer Peters bekundet, daß Fritz ihn einmal gefragt habe, ob die Mittäter auch, wie Jakubowski, die Todesstrafe zu befürchten hätten. Fritz Rogens gibt diese Frage zu. Unter allgemeiner Spannung wird nunmehr

Paul Kreuzfeld

aufgerufen. Der Vorsitzende macht diesen Zeugen zunächst darauf aufmerksam, daß er nicht vereidigt werden kann, weil er schwer verdächtigt sei, in irgendeiner Weise in die Sache verstrickt zu sein. Die Strafkammer habe ihn allerdings außer Verfolgung gesetzt, weil ein Beweis für seine Schuld nicht zu erbringen war, aber — so fährt der Vorsitzende fort — der Verdacht hat sich im Laufe dieser Verhandlung eigentlich noch mehr verstärkt als vermindert. Denn überall taucht der Name Paul Kreuzfeld auf. Wenn Sie auch nicht eidlich vernommen werden, so bitte ich Sie doch dringend, geben Sie der Wahrheit die Ehre und lügen Sie uns nicht so viel vor. Nach dieser Ermahnung fragt der Vorsitzende: War Ihnen die Familie Rogens in der Wohnung unbequem? Sie sollen einmal gesagt haben, wenn das Wohnungsamt nicht hilft, dann schlage ich alles in Klump. Paul Kreuzfeld: Nein, eine solche Aeußerung habe ich nicht gemacht. Er bestreitet, mit Jakubowski zusammen Diebstähle ausgeführt oder Korn verschoben zu haben. August Rogens bekundet auf Fragen des Vorsitzenden, beim Roggenmähen habe Kreuzfeld ihm gesagt, **wenn es nicht anders geht, müsse eins der Kinder verschwinden.** Kreuzfeld bestreitet das. R.-A. Dr. Brandt: Haben Sie es nicht im Scherz gesagt, und haben Sie nicht Herrn Duncker gegenüber erklärt, daß Ewald sauer gekocht sei? — Kreuzfeld: Diese letzte Aeußerung kann möglich sein. — Brandt: Das haben Sie aber bisher immer bestritten.

Es folgt die Verlesung des Beschlusses, der den Paul Kreuzfeld seinerzeit außer Verfolgung setzte, da die Tatsachen nicht ausreichten, um so mehr, als er vom 8. bis 11. November von Palingen abwesend war. Darauf vertagte man die Verhandlung auf Mittwoch.

Koblenzer Krankenhaus in Flammen.

Hilfeleistung der französischen Besatzungstruppen.

Koblenz, 4. Juni.

Im Krankenhaus der katholischen Schwestern „Marienhof" brach ein Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit über den ganzen östlichen Flügel des nördlichen Teils des Gebäudes ausbreitete und den ganzen Dachstuhl erfaßte.

Auch die angrenzende Kapelle wurde von dem Feuer ergriffen, und ihr Turm stürzte zusammen. An dem Rettungswerk beteiligte sich außer der gesamten Feuerwehr der Stadt auch eine Abteilung der französischen Besatzung, die einen Teil der Kranken in das benachbarte, jetzt von der Besatzung benutzte ehemalige Militärlazarett in Sicherheit brachte. Nach etwa zweistündiger angestrengter Tätigkeit gelang es, den Brand so weit einzudämmen, daß keine weitere Gefahr mehr bestand. Personen sind nicht zu schaden gekommen, da die Krankenschwestern, deren Schlafräume sich im obersten Stock befinden, schon vor Ausbruch des Feuers ihren Dienst angetreten hatten. Die Kranken wurden, soweit sie nicht bereits von den französischen Besatzungssoldaten gerettet worden waren, von der Sanitätswache aus den beiden unteren Stockwerken des gefährdeten Gebäudes herausgetragen.

Als Entstehungsursache des Brandes wird Kurzschluß vermutet.

Typhus auf einem deutschen Dampfer.

Zwei Todesfälle unter der Besatzung.

Nach einer Meldung aus Lissabon ist dort der aus Südamerika kommende Lloyddampfer „Sierra Cordoba" mit 19 an typhösem Fieber erkrankten Mitgliedern der Besatzung eingetroffen.

Die Erkrankung hatte bereits kurz nach Verlassen des letzten südamerikanischen Hafens einen Teil der Mannschaft ergriffen. Während bei einigen Matrosen sich die Krankheitserscheinungen im Laufe der Ueberfahrt besserten, starb auf hoher See der Matrose Greiner, und bald darauf war noch ein zweites Todesopfer zu beklagen, da der Matrose Bremer im Delirium aus dem Schiffshospital entwich und, ehe man seiner habhaft werden konnte, über Bord sprang und ertrank. Die 19 schwerkranken Mitglieder der Besatzung wurden in Lissabon von Bord gebracht und in Krankenhäuser eingeliefert.

Nach einer Mitteilung des Norddeutschen Lloyd sind die Passagiere von der Typhusepidemie verschont geblieben. Der Dampfer wird am Freitag nachmittag in Bremerhaven zurückerwartet, wo von den Hafenbehörden die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden.

Jack London:

47] **Lockruf des Goldes**

(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus).

Daylight ritt durch den Bach, folgte einem kaum erkennbaren Viehsteig über eine niedrige felsige Anhöhe und durch einen von Wein umrankten Manzanitawald und gelangte schließlich in ein anderes kleines Tal, in das ebenfalls ein Bach hinabrieselte. Ein Kaninchen sprang vor den Hufen seines Pferdes aus dem Gebüsch und verschwand im Grase des gegenüberliegenden Hanges. Daylight sah ihm bewundernd nach und ritt weiter dorthin, wo die Wiese begann. Hier schreckte er einen Bock mit vielzackigem Geweih auf, der scheinbar über das Gatter setzte und — immer schwebend — drüben in einem schirmenden Gebüsch verschwand.

Daylights Entzücken war grenzenlos. Ihm schien, er sei noch nie so glücklich gewesen. Die Erinnerung an das alte Leben in den Wäldern war wieder erwacht, und alles, was er sah, beschäftigte ihn — das Moos auf Stämmen und Zweigen, die Misteldolden, die von den Eichen herabhingen, das Nest einer Waldratte, die Wasserkresse, die in den schützenden Wirbeln des Bächleins wuchs, die Schmetterlinge, die auf ihrem Fluge Sonnenschein und Schatten spalteten, die blauen Häher, die in bunten Farben funkelnd durch die Seitenschiffe des Waldes huschten, die kleinen, zaunkönigartigen Vögelchen, die im Gebüsch umherhüpften und den Schrei der Wachteln nachahmten, der rotköpfige Specht, der mit dem Klopfen aufhörte und den Kopf auf die Seite legte, um ihn zu betrachten. Er überschritt den Bach und fand die schwache Andeutung eines Waldweges, der augenscheinlich seit Generationen nicht mehr benutzt worden war, seit die Eichen auf der Wiese gefällt waren.

Der alte Waldweg führte auf eine Lichtung, wo auf weinrotem Boden in einer Ausdehnung von einem Dutzend Morgen Weinreben wuchsen. Dann kam ein Viehsteig, wieder Bäume und Gebüsch und schließlich ein Abhang nach Südosten. Hier lag über einem großen Canjon, mit der Aussicht über das Sonoma-Tal, ein kleines Gehöft. Mit seiner Scheune und den Nebengebäuden schmiegte es sich an den Berg, der es gegen alle Winde aus Westen und Norden schützte. Aus dem Hange war ein kleines Fleckchen Erde herausgegraben, das als Küchengarten benutzt wurde. Der Boden war fett und schwarz, und wie Daylight sah, gab es Wasser in Hülle und Fülle.

Vergessen war die Ziegelei. Es war niemand zu Hause, aber Daylight stieg ab, durchstreifte den Küchengarten, aß Erdbeeren und grüne Erbsen, besichtigte die alte Scheune aus ungebrannten Ziegeln, den rostigen Pflug und die Egge, drehte sich Zigaretten und rauchte, während er die possierlichen Bewegungen einiger Hühner und ihrer Küken beobachtete. Ein an der Seite des großen Canjons hinabführender Flußpfad lud ihn ein, und er schickte sich an, ihm zu folgen. Parallel mit dem Wege lief ein Wasserrohr, und er schloß, daß es bis zu dem Creek hinaufführte. Die Wände des Canjons waren mehrere hundert Fuß hoch, und so prachtvoll waren die unberührten Bäume, daß die Stelle dauernd in Schatten getaucht war. Er sah Tannen, die nach dem Augenmaß einen Durchmesser von fünf bis sechs Fuß haben mußten, und Kiefern, die noch größer waren. Der Pfad führte zu einem kleinen Teiche, wo das Wasserrohr zur Bewässerung des Küchengartens abgezweigt war. Hier standen Erlen und Lorbeerbäume, und er schritt durch Farnkräuter, die ihm über den Kopf ragten. Ueberall war samtartiges Moos, und dazwischen wuchsen Venushaar und goldrückiger Farn. Mit Ausnahme des Teiches war es eine jungfräuliche Wildnis. Keine Axt hatte sie je berührt, und die Bäume starben nur vor Alter oder unter dem Druck der Winterstürme. Die mächtigen Stämme der gestürzten Bäume lagen mit Moos bedeckt da und wurden langsam wieder zu Erde, der sie entstammten. Manche hatte so lange dagelegen, daß sie ganz verschwunden waren, obgleich man immer noch ihre Umrisse auf dem ebenen Boden sah. Andere bildeten Brücken über den Bach, und unter den riesigen Stämmen sah man ein halbes Dutzend junger Bäume, die im Falle mitgerissen waren, aber nun am Boden entlang wuchsen und immer noch lebten und gediehen, während der Bach ihre Wurzeln umspülte und ihre aufstrebenden Zweige das Sonnenlicht auffingen, das durch die im Walddach entstandene Oeffnung hereinströmte.

Hinter dem Gehöft stieg Daylight auf und ritt fort von der bebauten Erde in die wilderen Canjons. Nichts als die Besteigung des Sonoma-Berges konnte seine Feiertagsstimmung jetzt befriedigen. Und drei Stunden später erschien er auf dem Gipfel, müde und in Schweiß gebadet, mit zerrissenen Kleidern und zerschrammten Händen, aber mit strahlenden Augen und einem ungewohnten Ausdruck von Zufriedenheit. Er fühlte dieselbe Freude wie ein Schuljunge, der die Schule schwänzt. Der große Spieltisch von San Franzisko erschien ihm jetzt so fern. Aber es war mehr als unerlaubte Freude in seiner Stimmung. Ohne daß er sich darüber klar wurde, was es war, wurde er von einem läuternden, erhebenden Gefühl beseelt. Hätte er erklären sollen, was er fühlte, so hätte er nur sagen können, daß er sich mächtig wohl fühlte, denn er war sich des gewaltigen Zaubers der Natur nicht bewußt, der Leib und Seele erfüllte, die vom Stadtleben angekränkelt waren.

Der Gipfel des Sonoma-Berges war unbewohnt. Er hielt sein Pferd an der südlichen Seite des Gipfels an. Im Süden und Westen sah er wogende Strecken offenen, grasbewachsenen Landes, das von bewaldeten Canjons durchschnitten wurde, Falte auf Falte, Woge auf Woge, bis der Blick auf der Sohle des Petaluma-Tales haften blieb, die eben wie ein Billard war mit ihren geometrischen Flecken und Vierecken — den Gehöften, die inmitten ihrer fetten Felder dalagen und fast an ein Reißbrett gemahnten. Weiter nach Westen erhob sich Kette auf Kette von Bergen, über deren Tälern dunkelvioletter Nebel brütete, und noch weiter fort, hinter der allerletzten Bergkette, sah er den silbernen Schimmer des Stillen Ozeans. Dann wandte er sein Pferd und blickte nach Westen und Norden, von Santa Rosa bis zum St.-Helena-Berge, und nach Osten über das Sonoma-Tal bis zu der mit Eichen bewaldeten Bergkette, die die Aussicht über das Napa-Tal versperrte. Hier, am östlichen Hang des Sonoma-Tales, in der Flucht einer Linie, die das kleine Dorf Glen Ellen durchschnitt, konnte er etwas sehen, das einer Schramme an der Seite des Berges glich. Sein erster Gedanke war, daß es der Schuttplatz von einem Minentunnel sei, dann aber fiel ihm ein, daß er sich nicht in einem Goldlande befand, gab es auf, sich den Kopf zu zerbrechen, und setzte seinen Rundblick über das Land fort nach Südosten, wo er jenseits der San-Pablo-Bucht scharf und fern die Zwillingszinnen des Mount Tamalpais, und fünfzig Meilen weiter, wo die Zugwinde vom Stillen Ozean durch das Goldene Tor hereinwehten, bildete der Rauch von San Franzisko eine niedrige Dunstwolke am Himmel.

(Fortsetzung folgt.)

Der gekürzte Luftverkehr.

Eine Pressebesprechung bei der Lufthansa.

Um einer gewissen Unsicherheit im Publikum zu steuern, die über die Entwicklung der deutschen Luftfahrt durch Pressepolemiken u. a. entstanden ist, hatte die Deutsche Lufthansa zu einer Pressebesprechung eingeladen.

Tatsächlich befindet sich die deutsche Luftfahrt, wie Direktor Bronski ausführte, in einem gewissen Notstand. Der Ausfall von Reichsbeihilfen, der durch die Etatskürzungen eingetreten ist, hat sich durch den Abbau vieler Linien bemerkbar gemacht, dabei mußte leider auch bei dem Betriebspersonal eine Einschränkung von 27 Prozent vorgenommen werden. In dem Ueberblick über den Stand des gemischt-wirtschaftlichen Betriebs der Lufthansa gab der Referent einen Bericht über den Stand des außereuropäischen Dienstes. Hier liegen die ersten Möglichkeiten zur Eigenwirtschaftlichkeit, und zwar vornehmlich durch die Postbeförderung. Bei den gewaltigen Mengen an Postsachen, die über den Atlantik gehen, könnten täglich ein paar Flugzeuge mitbeschäftigt werden, und solche Briefe würden auch bei einem Zuschlagsporto von 2 oder 4 Mark genügend vorhanden sein. Die Schwierigkeiten bei dem transkontinentalen Flugverkehr liegen auf politischem und finanziellem Gebiet, da viele fremde Länder durchflogen und ein großer Teil der wirtschaftlichen Lasten für die Einrichtung solcher Strecken von der Lufthansa getragen werden muß. Der europäische Dienst ist mit den meisten europäischen Hauptstädten in Betrieb. Für die Postbeförderung kommen hier nur einige ganz große Linien in Frage, auf denen der Vorteil der Eisenbahn gegenüber ganz wesentlich ist, wie z. B. nach London, Paris, Barcelona, Stockholm, Konstantinopel usw., von denen der größte Teil schon im Auftrage der Reichspost geflogen wird. Der Frachtverkehr kommt nur in Frage nach Orten mit besonders starkem Wirtschaftsleben. Auf zahlreichen anderen Strecken ist vornehmlich starker Personenverkehr. Der Redner ging dann auf die Frage der Subventionen von Verkehrsmitteln ein, die die Luftfahrt ebenso bedürfe wie zahlreiche andere Verkehrsunternehmen, z. B. die Kanal- und die Seeschiffahrt. Die Reichsbeihilfe für den Luftverkehr ist um mehr als 50 Prozent herabgesetzt worden, und es müssen darum auf den sogenannten Reichsstrecken ein paar Millionen Kilometer weniger geflogen werden. Ein Ausgleich mußte dadurch geschaffen werden, daß fremde Gesellschaften zur Zusammenarbeit herangezogen und man ihnen teilweise sogar über Deutschland führende Strecken ganz überließ. Ein starker Abbau des diesjährigen Streckennetzes konnte noch vermieden werden. Im innerdeutschen Luftverkehr konnte man nur durch mehrjährige Erprobung feststellen, welche Linien gut oder schlecht sind. Innerdeutsche Linien können in Zukunft nur insoweit beflogen werden, wie sie Anschluß an das große internationale Netz bedeuten, starke Frequenz haben und lange Linien mit wenig Zwischenlandung darstellen. Die Mittel hierzu sind in erster Linie von Ländern und Städten aufzubringen. Der Bedarfs- und Trampverkehr wäre als Ergänzung des planmäßigen Linienverkehrs zu begrüßen, nur würde er ebenfalls vorläufig der Unterstützung aus öffentlicher Hand bedürfen.

Direktor Merkel ging des näheren darauf ein, wie sich bei den Abstrichen des Reichshaushaltes die Dinge für den deutschen Luftverkehr neu ordnen. Regierung und Reichstag haben sich auf dem Plan einer mehrjährigen (3 bis 4 Jahre) Beihilfezusage dem Luftverkehr gegenüber geeinigt. Immerhin wäre für die nächsten Jahre ein Fortschritt zu erwarten, der dank zweckmäßiger Organisation und langfristigen Disponierens von Personal- und Materialeinsatz günstigere Verkehrsergebnisse zeigen wird.

Mit einem technischen Bericht über die Leistungsfähigkeit des deutschen Materials, der auch die Frage des Nah- und Weitstreckenfluges behandelte, schloß die außerordentlich informierende Besprechung.

Die Neuköllner Messerstecherinnen.

Sie wurden zu Gefängnis verurteilt.

Das Erweiterte Schöffengericht Neukölln verurteilte gestern nach fast fünfstündiger Verhandlung in dem Falle der jugendlichen Messerheldinnen die 17½jährige Arbeiterin Else Neumann zu 3 Monaten Gefängnis und die 18jährige Arbeiterin Käthe Eckloff zu 9 Monaten Gefängnis wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung.

Das Gericht hat davon abgesehen, aus diesem Einzelfalle Fürsorgeerziehung auszusprechen und die Entscheidung darüber dem Vormundschaftsrichter, der die Gesamtpersönlichkeiten besser würdigen kann, überlassen. Die Zubilligung einer Bewährungsfrist wurde von weiteren Ermittlungen abhängig gemacht. In den Urteilsgründen sprach Amtsgerichtsrat Dr. Schäfer aus, daß den Angeklagten zwar ihr jugendliches Alter und der Einfluß des Alkohols zugute komme, daß andererseits aber ihre Straftat sehr schwer sei. Seit Jahren mache sich in der Gegend der Prinz-Handjery-Straße in Neukölln das Rowdytum besonders bemerkbar. Messerstechereien verdienten im Interesse der Allgemeinheit besonders schwere Strafen.

Stinnesdirektor Rothmann.

Es ging um ein gutes Geschäft.

Nach einer längeren Auseinandersetzung zwischen Groß und Schneid über das Sortieren der Anleihestücke wurde dann im Stinnes-Prozeß in die Vernehmung des ersten Angeklagten der Stinnes-Gruppe, des Direktors Rothmann, eingetreten.

Rothmann, dessen Vater Generaldirektor der Oberschlesischen Kokswerke war, schilderte zunächst seinen Lebenslauf, seine geschäftliche Tätigkeit in Deutschland und im Ausland. Einen Monat, nachdem er seine Stellung in der Eisenabteilung des Stinnes-Konzerns angetreten hatte, sei die Krise im Konzern eingetreten. Von Stinnes sei er dann mit der Abwicklung früherer Geschäfte, insbesondere auf dem Gebiete des Metallhandels betraut worden, und so habe er sich auch mit der Angelegenheit der in Rumänien für den Stinnes-Konzern lagernden Metallmengen beschäftigen müssen, die infolge eines 100prozentigen Ausfuhrzolls nicht exportiert werden konnten. In Paris, wo Rothman über das rumänische Metallgeschäft verhandelte, traf er mit Eugen Hirsch zusammen, den er schon seit langem kannte. Hirsch habe ihm nun mitgeteilt, daß in Frankreich neue Gläubiger ihre Kriegsanleiheansprüche zur Geltung bringen würden, und daß Bankfirmen in Holland und Deutschland dabei Finanzgeschäfte machten. Es handele sich darum, diese Ansprüche zu bevorschussen, und zwar in Höhe des augenblicklichen Wertes, wobei man allerdings das Kursrisiko trug, dafür aber eine Beteiligung an einer eventuellen Aufwertung verlangte. Vors.: Früher haben Sie gesagt, daß die Elsässer ihren Altbesitz auch dann anmelden konnten, wenn sie ihn nicht mehr besaßen. — Rothmann: Ich habe gesagt, es war nicht notwendig, daß die alten Stücke selbst vorlagen, es genügte, daß es solche waren, die ununterbrochen im Ausland waren. Ueber die Höhe des Gewinnes wurde nicht gesprochen, aber es sollte natürlich verdient werden. Nach meiner Rückkehr nach Hamburg sprach ich im „Hamburger Hof" mit Herrn v. Waldow über dieses Geschäft.

v. Waldow sprach dann mit Stinnes,

der weitere Aufklärung verlangte und wir gingen dann beide zu Stinnes und erzählten ihm, was Eugen Hirsch mir vorgeschlagen hatte. — Vors.: Wie konnten Sie annehmen, daß die Anschaffung von Stücken mit den gesetzlichen Bestimmungen vereinbar war. — Rothmann: Ich habe das Gesetz selbst nicht gekannt, war auch mit der ganzen Anleihesache nicht so vertraut, weil ich seit 1919 im Ausland lebte. Mir war die Darstellung von Eugen Hirsch und Schrandt einleuchtend. Eine Diskussion darüber, ob das Geschäft anständig oder moralisch war, kam gar nicht in Frage, denn für uns war es selbstverständlich, daß das Geschäft in Ordnung war. Vors.: Weshalb hat sich dann Herr Stinnes überhaupt auf das Geschäft eingelassen? Rothmann:

Weil er es trotzdem für ein gutes Geschäft hielt.

Stinnes wollte mehrere 100 000 Mark dafür zur Verfügung stellen. Im übrigen hatten mir Eugen Hirsch und Schrandt auch gesagt, die Tatsache, daß zur Anmeldung ein ununterbrochenes Verbleiben der Stücke im Ausland genüge, stelle ein Sonderabkommen Deutschlands mit dem Ausland dar. Es wurde uns auch gesagt, daß deutsche Banken dieses Geschäft machten, und das war für uns maßgebend.

Rothmann schilderte dann den Telegrammwechsel zwischen ihm und Eugen Hirsch, der seinem und v. Waldows Eintreffen in Paris vorausging. Dort brachte Hirsch die beiden Herren zu Schrandt, der sie aufforderte, sich bei Dr. Voß vom Reichskommissariat zu erkundigen, daß das Geschäft zulässig sei.

Die Verhandlung wurde dann auf Donnerstagvormittag, 9½ Uhr, vertagt. Der Mittwoch bleibt sitzungsfrei.

Der Frauenmord von Schildhorn.

Gestern Obduktion der Leichenteile.

Gestern am frühen Nachmittag sind im Charlottenburger Schauhaus die bisher aufgefundenen Leichenteile der ermordeten noch immer unbekannten Frau obduziert worden.

Die Gerichtsärzte sind zu dem Schluß gekommen, daß die Tote etwa 1,60 bis 1,63 Meter groß und schlank gewesen sein muß. Am Kopf, der gestern früh aus der Havel gelandet wurde, zeigt sich auf der rechten Seite eine sehr schwere Hiebverletzung. Der Schlag muß mit einem stumpfen Instrument mit äußerster Gewalt geführt worden sein, denn die Schädeldecke ist von einem Ohr bis zum anderen in seinen Nähten geplatzt. Das Alter der Ermordeten wird jetzt auf etwa 18 bis 25 Jahre geschätzt. Die Farbe der Augen ließ sich wegen des vorgeschrittenen Verwesungsstadiums nicht mehr feststellen, sie dürften aber dem Haupthaar entsprechend braun gewesen sein. Besondere Merkmale an den Leichenteilen, außer einigen blutunterlaufenen Stellen, waren nicht vorhanden.

Zur Zerstückelung der Leiche muß, nach den Schnitträndern zu schließen, ein sehr scharfes Messer, eine Säge, vielleicht auch ein Beil benutzt worden sein. An einzelnen Stellen sind die Knochen mit roher Gewalt zerschlagen. Die blutunterlaufenen Stellen, die sich an den Oberarmen zeigten, sind entweder auf Mißhandlungen zurückzuführen oder als Fäulniserscheinungen anzusehen. Hierüber kann erst die mikroskopische Untersuchung Klarheit bringen.

Unter Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung von 1000 Mark werden alle Personen, die irgendwie zur Aufklärung beitragen können, dringend ersucht, sich mit der Mordkommission Braschwitz-Zapfe in Verbindung zu setzen. Sehr erwünscht wäre es, wenn sich die Insassen des Motorbootes meldeten, die bei der Bergung des Torso bei Schildhorn Hilfe leisteten.

Ein Leichenfund in Oberhof.

Von Spaziergängern wurde in Oberhof in Thüringen auf einem wenig begangenen Holzweg eine männliche Leiche gefunden, die schwere Schädelverletzungen aufwies. Die näheren Nachforschungen ergaben, daß es sich um den 56jährigen Leipziger Stadtrat Weigel handelt, der schon mehrfach in Oberhof zur Kur weilte. Weigel war am Sonnabend zu einem Ausflug aufgebrochen, von dem er nicht mehr zurückkehrte. Geld und Schmucksachen fanden sich bei der Leiche, so daß ein Mord aus Raubmotiven ausgeschlossen erscheint. Die polizeilichen Untersuchungen sind zurzeit im Gange. Man versucht zunächst festzustellen, ob ein Unglücksfall vorliegt oder ob ein Mord in Frage kommt. Selbstmord ist nach Ansicht der Sachverständigen ausgeschlossen, da die Wunde einen solchen Schluß nicht zuläßt. Wie wir weiter erfahren, ist der Tote Direktor des Statistischen Amts der Stadt Leipzig und Vorsitzender des Verbandes der Statistischen Aemter Deutschlands.

Friedrich Welsow gestorben.

Einer der Alten in der Gewerkschafts- und Parteibewegung ist mit Friedrich Welsow aus dem Leben geschieden. Am 11. September 1867 in Eventin, Pommern, geboren, führte die Wanderschaft den jungen Zimmergesellen bald nach Berlin, und bereits 1887 sehen wir ihn trotz Sozialistengesetz aktiv in der Zimmerergewerkschaft tätig. Im Jahre 1900 wählten ihn seine Zimmererkameraden zum Angestellten der Ortsverwaltung Berlin, der er bis zum Jahre 1923 angehörte. Die kommunistische Führung der Berliner Zahlstelle beseitigte den in Jahrzehnten erprobten Gewerkschaftsführer, weil er treu zur Sozialdemokratie hielt. Tage der Not und Entbehrung folgten. Wie Welsow in der Gewerkschaftsbewegung seinen Mann stand, — er war auch Beisitzer der Landesversicherungsanstalt Berlin und im Ausschuß des Reichsversicherungsamtes tätig —, so lebte und wirkte er auch für die Sozialdemokratie. Keine Arbeit war ihm zu gering oder zu schwer, immer stellte er sich freiwillig zur Verfügung, den Jüngeren ein Beispiel gebend. Die Arbeiterbewegung hat einen braven Kämpfer verloren, dessen Wirken nicht vergessen wird.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 5. Juni, 15 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg 3, statt.

Selbstmord eines Rittergutsbesitzers.

Gestern abend verübte der 59jährige Rittergutsbesitzer Hubert Wolff aus Moellenthin in einem Hotel in der Nähe des Anhalter Bahnhofes Selbstmord durch Erschießen. W., der am Dienstag früh zugereist war, hatte sich während des ganzen Tages nicht sehen lassen, so daß man schließlich Verdacht schöpfte. Hotelangestellte öffneten die Tür und fanden Wolff mit einem Schläfenschuß tot im Bett auf. Was den Mann in den Tod getrieben hat, konnte noch nicht ermittelt werden.

Die „Freie Haus- und Grundbesitzer-Vereinigung Groß-Berlin E. V." hält am 6. Juni, 20 Uhr, im „Spatenbräu", Friedrichstr. 172, ihre monatliche Mitgliederversammlung ab. Als Referent des Abends hat Herr Dr. ing. B. Majerczik, Mitglied des Vorstandes der Berliner Verkehrs AG., sich zur Verfügung gestellt. Er wird über Berliner Verkehrsprobleme sprechen.

Funkwinkel.

Der erste Vortrag aus Gerhard Pohls Reihe „Genies, die keine waren", begann verheißungsvoll. Der folgende hält nicht das Versprechen. Hier bei einer Revue über die Literatur des 19. Jahrhunderts wird Pohl in seinen Ausführungen direktionslos. Ganz ausgezeichnete Details stehen neben Kritiken, die manche Oktave zu weit greifen. Pohl nimmt Einzelerscheinungen heraus und stellt sie unter Scheinwerferbeleuchtung, ohne sich um die Zusammenhänge zu kümmern. Diese Dinge können aber nur mit Rücksicht auf ihre historischen Voraussetzungen behandelt werden. Sie völlig isolieren, heißt, sie vergewaltigen. Deshalb entwirft Pohl beispielsweise ein falsches Bild von dem Amerikaner Hoover. Auf die Weise, die P. anwendet, könnten etwa auch Goethes „Wahlverwandtschaften" schlecht abschneiden. Professor Dr. Fritz liest in der „Stunde mit Büchern" über Kriminalromane. Er sucht und findet Entwicklungslinien. Er gibt einen kurz gefaßten, gut formulierten Ueberblick über das ganze Genre, und hierauf kommt es schließlich in der Bücherstunde im Rundfunk an, wenn auch ein paar sonderbare Literatenjünglinge dagegen opponieren. — Sicherlich ist Lehar einer der größten unter den lebenden Operettenkomponisten. Trotzdem braucht ihn aber die Funkstunde nicht unentwegt paradieren zu lassen. Lehar und Leo Fall, — gibt es im weiten Bezirk der Operettenliteratur wirklich nichts anderes, das ebenfalls gutes Niveau hält?

F. S.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3. stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Freitag, den 7. Juni, 18 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Konferenzzimmer der „Vorwärts"-Redaktion, Lindenstraße 3.

*

Achtung! Die Kassierer, die noch in diesem Quartal Beitragsmarken benötigen, werden dringend gebeten, diese unbedingt bis zum 10. Juni zu bestellen, weil es nicht möglich ist, nach dem 12. Juni noch Marken zu verschicken. J. A.: Alex Pagels.

*

2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 5. Juni, 18 Uhr, wichtige Bezirksversammlung in der Schulaula Bochumer Str. 8b. — **Achtung, Wohlfahrtsvorsteher!** Die parteigenössischen Wohlfahrtsvorsteher sowie deren Stellvertreter werden zu einer Sitzung am Freitag, 7. Juni, pünktlich 19½ Uhr, zu Krüger, Putlitzstr. 10, eingeladen. — Ebenfalls am Freitag, 7. Juni, um 21 Uhr, bei Krüger, Putlitzstr. 10, Sitzung der Geschäftsleitung des Kreises.

6. Kreis Kreuzberg. Freitag, 7. Juni, 19½ Uhr, bei Rabe, Fichtestr. 29, Kreismitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag in Magdeburg. Referent Carl Litke, M. d. R. Parteimitgliedsbuch legitimiert.

Heute, Mittwoch, 5. Juni.

41. Abt. Achtung! Die Zahlabende finden nicht am 5. Juni, wie irrtümlich angegeben, sondern erst am Mittwoch, 12. Juni, statt. — Freitag, 7. Juni, 19½ Uhr, bei Rabe, Fichtestr. 29, Kreismitgliederversammlung.

99. Abt. Britz-Buckow. 20 Uhr Sitzung des Abteilungsvorstandes mit den Bezirksführern bei Sass, Mutheskushof 3, Idealsiedlung.

160a. Abt. Wittenau. 20 Uhr Vorstandssitzung bei Rutsch, Oranienburger Straße 24.

Morgen, Donnerstag, 6. Juni.

1. Abt. 19½ Uhr bei Dietrich, Große Hamburger Str. 12, Funktionärsitzung.
5. Abt. 19½ Uhr bei Lehmann, Bartelstr. 7, Funktionärsitzung.
6. Abt. 19½ Uhr bei Dobrahlaw, Swinemünder Str. 11, Funktionärsitzung.
33. Abt. 20 Uhr bei Lojack, Bremeser, 8, Funktionärsitzung. Um 19½ Uhr pünktlich ebendort Vorstandssitzung.
36. Abt. 19½ Uhr bei Busch, Tilsiter Str. 27, Funktionärsitzung. Bezirksführer, Mahnmarken abrechnen!
78. Abt. Schöneberg. 20 Uhr bei König, Prinz-Georg-Str. 10, wichtige Funktionärsitzung.
107. Abt. Falkenberg-Alt-Glienicke. 20 Uhr im Lokal Meier, Straße am Falkenberg, Sitzung des Abteilungsvorstandes mit allen Funktionären.
Lichtenberg. 114. Abt. 19½ Uhr bei Schwarzer, Gabriel-Max-Str. 17, Funktionärsitzung. — **115. Abt.** 19½ Uhr bei Radtke, Wilhelm- Ecke Scharnweberstraße, Funktionärsitzung. — **118. Abt.** 20 Uhr wichtige Funktionärsitzung bei Marx, Dahnhofstr. 36. — **119. Abt.** 20 Uhr bei Barth, Müllendorfstraße, Funktionärsitzung.
120. Abt. Friedrichsfelde. 20 Uhr findet ausnahmsweise am Donnerstag die Funktionärsitzung bei Schwarz, Capriolleec, statt.
122. Abt. Blankenburg. 20 Uhr bei Klug, Dorfstr. 2, Sitzung sämtlicher Funktionäre.
SPD.-Gruppenkonferenz Bernau und Umgegend für die Ortsvereine Bernau, Ladeburg, Schönow und Zepernick-Rüdgenthal Donnerstag, 6. Juni, 20 Uhr, im Lokal Hermann Modisch, Bernau, Kaiserstraße. Landtagsabgeordneter Adolf Wuschick spricht über „Die Bedeutung des Parteitages in Magdeburg". Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht. — Der Vorstand.

Arbeiterwohlfahrt.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Am Donnerstag, 6. Juni, 19 Uhr, im Bezirksamt Danziger Str. 64, Hof, rechter Aufgang part., Zimmer 20, findet eine wichtige Sitzung statt. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Hanisch über „Die Verordnung der Fürsorgepflicht". Aussprache und Fragestellung.

Jungsozialisten.

Gruppe Baumschulenweg: Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, im Heim Ernststraße 15, Vortrag: „Masse und Führer". Referent Hans Seigewasser.

Gruppe Neukölln: Heute, Mittwoch, 20 Uhr, im Jugendheim Treptower Straße 65—66, Vortrag: „Der Parteitag in Magdeburg".

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Heute, Mittwoch, 5. Juni, Helferstunde um 19½ Uhr in der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Weinmeisterstr. 15.

Zu unserem am Mittwoch, 5. Juni, 20 Uhr, in der Aula der neuen Bergmannschule, Bergmannstr. 66, stattfindenden **Elternabend** laden wir herzlich ein.
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Gruppe Bergmannstraße.

Geburtstage, Jubiläen usw.

104. Abt. Niederschöneweide. Am 5. Juni wird unser Genosse Paul Bengsch 60 Jahre alt. Ueber ein Menschenalter steht Genosse Bengsch in der sozialistischen Bewegung seinen Mann. In den verschiedensten Funktionen hat er treue Arbeit für die Partei geleistet. Er war der erste sozialistische Gemeindevertreter in Niederschöneweide vor dem Kriege, sowie später Gemeindeschöffe und nach der Schaffung der Stadtgemeinde Berlin Stadtrat im 13. Bezirk (Treptow). Wir gratulieren ihm herzlich und wünschen ihm noch viele Jahre bester Gesundheit. Der Vorstand der 104. Abt.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

4. Abt. Unser lieber langjähriger Funktionär, Genosse Otto Gerndt, Blumenstr. 6, ist plötzlich infolge eines Unfalles verstorben. Ehre seinem Andenken! Zeit und Tag der Einäscherung werden noch bekanntgegeben. Genosse Gerndt war bereits unter dem Sozialistengesetz für die Partei tätig.

5. Abt. Unser Genosse der Töpfermeister Karl Frohberg ist verstorben. Ehre seinem Andenken! Beerdigung heute, Mittwoch, 5. Juni, 14½ Uhr, auf dem Bartholomäus-Friedhof, Weckenfeld, Sandoberger Weg.

14. Abt. Unser Genosse Friedrich Martens, Brunnenstr. 72, ist verstorben. Ehre seinem Andenken! Beerdigung heute, Mittwoch, 5. Juni, 16½ Uhr, in Nordend, Friedhof der Himmelfahrtsgemeinde. — Ferner verstarb unser langjähriger Genosse Wilhelm Kupke, Liesenstr. 1. Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung hat bereits stattgefunden.

Subvention der Luftfahrt.

Stegerwald verteidigt die Zuschüsse.

In der weiteren Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums im Ausschuß für den Reichshaushalt wurde in rascher Folge eine Reihe kleinerer Kapitel nach den Vorschlägen der Regierungsparteien erledigt. Genosse Nowack trat u. a. lebhaft für die Wünsche der kleinen Fischer ein.

Zum Luftetat hat der Reichsverkehrsminister Stegerwald zunächst um endgültige Stellungnahme des Ausschusses zur Frage der Verlegung der Deutschen Versuchs-Anstalt für Luftfahrt. Die Zuwendungen des Reichs und die Art ihrer Begebung an den Luftverkehr und an die Luftindustrie seien stark umstritten. So lange Subventionen nötig seien, würde sich das kaum ändern. Eine Wirtschaftlichkeit des Luftverkehrs und der Luftfahrtindustrie werde sich zunächst nicht erzielen lassen, beide würden sich nur durch Zuwendungen des Reichs halten können. Zuwendungen aber an Privatindustrien aus öffentlichen Mitteln seien naturgemäß stets dem Odium der Günstlingswirtschaft ausgesetzt. In allen anderen Ländern bildet die Grundlage der Luftfahrt das Militärflugwesen, und alle diese Länder verausgaben unvergleichlich größere Beträge als Deutschland für das Luftfahrtwesen. Der Minister gibt im einzelnen die entsprechenden Zahlen. Das Nebeneinander verschiedener Gesellschaften, das befürwortet sei, bringe Vorteile, aber auch schwere Nachteile, denn die kleineren regionalen Gesellschaften werden schwere und teure Fernflugzeuge weder herstellen und entwickeln können noch wollen. Eine planmäßige Lösung der Verkehrsaufgaben werde die Lufthansa nur durchführen können, wenn sie nicht gezwungen werde, von der Hand in den Mund zu leben, sondern mindestens für die Dauer von drei Jahren auf einen festen Zuschuß rechnen kann. Als Mindestsumme sei mit den Etatsachverständigen der Fraktionen ein

Jahresbetrag von 16 Millionen Mark für den europäischen Luftverkehr

ermittelt worden. Zu diesem Betrage könnten dann noch die Beträge für das Transozean- und Transeurasien-Projekt hinzutreten. Eine ernste Sorge bilde die Erhaltung der hochstehenden deutschen Flugzeug- und Motorenindustrie. Die Umstellung der Industrie von Staats- auf Privataufträge solle nach den Erörterungen mit den Etatsachverständigen erleichtert werdn durch eine Anleihe, die die Industrie aufnimmt und für die das Reich die Verzinsung und Tilgung garantiert. Er empfehle, daß für die Folge aus dem Haushaltsausschuß und dem Verkehrsausschuß gemeinsam ein kleinerer Unterausschuß eingesetzt werde, der in Verbindung mit dem Reichsverkehrsministerium die Aufgabe erhalte, mit verhältnismäßig bescheidenen Mitteln die dringendsten Bedürfnisse des Luftfahrwesens zu befriedigen.

Genosse Heinig wandte sich gegen die Vergleichszahlen des Ministers, die kein Bild geben, da bei uns nur die zivile, bei den anderen Staaten aber auch die Militärluftfahrt in Frage käme. In schärfster Weise kritisierte Heinig im einzelnen etatwidriges Vorgehen des Verkehrsministeriums. Er halte eine neue Durchprüfung der Posten für notwendig, es werde auch zu erwägen sein, ob und in welcher Weise einzelne Personen für etatwidriges Vorgehen haftbar zu machen seien.

Abg. Dr. Kulenkampf (D. Vp.) beantragte eine besonders genaue Prüfung des Luftetats im Rechnungsunterausschuß und eingehenden Bericht an den Hauptausschuß, damit künftig die in dem Bericht des Rechnungshofs getadelten Vorkommnisse sich nicht wiederholen.

Abg. Sachsenberg (Wtp.) erklärte, daß Deutschland vor allem Qualitätsausbildung gebrauche und daß aus diesem Grunde die Vorwürfe gegen die Fliegerschulen wegen zu hoher Lehrgeldkosten unangebracht seien. In sehr ausführlicher Weise ging zum Schluß der Beratung der Leiter der Luftfahrtabteilung, Ministerialdirigent Brandenburg auf die von allen Seiten geübte Kritik ein und beantwortete an ihn gestellte Spezialfragen. Er erklärte, daß in Europa etwa 75 Proz. aller Fluglinien unrentabel seien und bleiben werden. Es gebe nur eine einzige rentable Luftlinie auf der Welt, die in Bolivien von der Küste nach der Hauptstadt Bogota gehe. Nach den Streichungen werde der Luftverkehr wohl kümmerlich aufrechterhalten bleiben können, die Fabriken aber werden schwer zu leiden haben. Daß die meteorologischen Anstalten tatsächlich von 9 Ministerien und 44 verschiedenen Dienststellen betreut würden, bedauere niemand mehr als er. Bei der jetzigen Verfassungslage könne er das aber nicht ändern.

Die hamburgisch-preußische Hafengemeinschaft. Im „Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt" vom Dienstag wird der zwischen Hamburg und Preußen abgeschlossene Vertrag über die Gründung einer Hafengemeinschaft als von der Bürgerschaft beschlossenes Gesetz verkündet, dessen Inkrafttreten der Hamburger Senat bestimmen wird.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Dienstag, dem 4. Juni.

1. Rennen. 1. Cocktail (Endrle), 2. Fernländer, 3. Fareira. Toto: 32:10. Platz: 13, 14, 20:10. Ferner liefen: Cia, Morgenrot, Gemma, Varasdin, Contessa, Jubilate, Gunst.

2. Rennen. 1. Moia (Braun), 2. Sachse, 3. Majaki. Toto: 105:10. Platz: 30, 24, 27:10. Ferner liefen: Silvio, Simpler, Graf Leister, Morgamat.

3. Rennen. 1. Betafogo (Kastenberger), 2. Virulin, 3. Casanova. Toto: 54:10. Platz: 19, 71, 17:10. Ferner liefen: Ordonno, Silo, Virradat, Szeged, Opar, Tod und Leben, Mittlades, Irrlicht, Transgressor.

4. Rennen. 1. Verena (Hachmeier), 2. Blanker Hans, 3. Grenadier. Toto: 28:10. Platz: 15, 33, 18:10. Ferner liefen: Holofernes, Lärche, Paraber, Surva, Simonides.

5. Rennen. 1. Beliana (Winzenz), 2. Feldberg, 3. Puppenspieler. Toto: 256:10. Platz: 41, 17, 20:10. Ferner liefen: Bodo, Ostsee, Obacht, Sangeskönigin.

6. Rennen. 1. Zides (O. Schmidt), 2. Dido, 3. Gefolei. Toto: 38:10. Platz: 12, 14, 14:10. Ferner liefen: Madonna d'Arezzo, Dominica, Rückkunft, Condja, Rohrpost, Majestu.

7. Rennen. 1. Junker (Huguenin), 2. Radames, 3. Sankt Hubertus. Toto: 143:10. Platz: 45, 26, 47:10. Ferner liefen: NeuerIster, Kanzler, Mongole, Leuchtturm, Golan, Samum, Ebu, Hulda, Insel, Electrola, Dalie.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Wien-Anmeldungen heute letzter Tag! Die Sammellisten für Wien müssen ebenfalls heute abgerechnet werden.

Abrechnungen der Beiträge und Ausgabe des Juni-„Jugend voran" und der „Arbeiter-Jugend" heute zwischen 17 und 19 Uhr.

Mittwoch, 19½ Uhr, Abteilungsmitgliederversammlungen:

Wedding 1, A. F.: Heim Müllerstr. 58. — **Reichenberger Viertel:** Heim Prinzer Str. 30. — **Charlottenburg-Nord:** Heim Oldenstraße. — **Falkenberg:** Heim auf dem Gutshof. — **Friedrichshagen:** Rathaus, Friedrichstr. 87. — **Friedrichsfelde:** Heim Alt-Friedrichsfelde 63. — **Lichtenberg-Mitte:** Heim Scharnweberstr. 29. — **Neu-Lichtenberg:** Heim Hauptstraße.

*

Arkonaplatz: Schule Elisabethkirchstr. 19. „Jugendschutz und Jugendrecht." — **Kölnischer Park:** Heim Waisenstr. 18 (hinteres Zimmer). Musikgruppe: Jeder Genosse, der ein Instrument spielen lernen will, kann sich beteiligen. — **Wedding:** Heim Turiner Ecke Seestraße. „Alpenwandern." — **Moabit:** Schule Charlottenstraße. „Bub und Mädel", 2. Teil. — **Britz 1:** Funktionärsitzung im „Hufeisen".

Werbebezirk Pankower Berg. Kameradengruppe: Zusammenkunft im Heim Sonnenburger Str. 20. Alle älteren Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.

SSG. Wedding: Schule Gotzkowsky Str. 2. 18 Uhr: „Religion und Sozialismus".

SSG. Neukölln: Heim Boregstr. 20. 19 Uhr: Mitgliederversammlung und Vortrag: „Das Kommunistische Manifest".

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) **Wetterbericht** kühl bei westlichen Winden, wechselnd bewölkt, zeitweise aufheiternd, noch einzelne meist leicht Regenfälle. — **Für Deutschland:** Ueberall kühl und veränderlich, vielfach noch Regenschauer, im Norden zeitweise Aufheiterung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 57/58, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Kreis Westen: Spielleute am 5. Juni Kreisübungsabend im Ebenpalast, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 24, 20 Uhr. **Kreis Süden:** Spielleute am 7. Juni Kreisübungsabend „Im kühlen Grund" in Oberschöneweide, Siemensstr. 1, 20 Uhr. — **Tiergarten,** Kameradschaft Stephan: Kameradschaftsversammlung bei Schlesinger, Lübecker Str. 3, um 20 Uhr. — **Schöneberg-Friedenau,** Kameradschaft Friedenau: Mittwoch, 5. Juni, 20½ Uhr, Kameradschaftsversammlung bei David, Fornstr. 5. — **Neukölln-Britz:** Schutzsportabend am Mittwoch, 5. Juni, auf dem Platz 7, Sportpark Neukölln. — **Ruderriege:** Dienstag und Donnerstag, 18 Uhr, Uebungsabend. Beginn eines neuen Anfängerkursus. Aufnahme neuer Mitglieder. — **Neukölln-Britz:** Donnerstag, 6. Juni, 20 Uhr, Sitzung bei Wilke Nachf., Reuterstr. 47. Referat des Kam. Schulz. — **Ortsverein Pankow, Kameradschaft Niederschönhausen:** Mittwoch, 5. Juni, 20 Uhr, Versammlung, Herthaplatz 9. — **Rowawes:** Mittwoch, 5. Juni, 20 Uhr, Kameradschaftsversammlung im Eisenbahnhotel. Vortrag des Kam. Kothe-Potsdam. — **Wintersportabt.:** Donnerstag, 6. Juni, ab 18½ Uhr, Monatszusammenkunft im Flugdaten Tempelhof.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Osten 5. Monatsversammlung am 5. Juni, 20 Uhr, im Vereinslokal, Schmidts Gesellschaftshaus, Frankfurt. 36. Filmvorführung der Volksfürsorge.

Verband Eherechtsreform. Oeffentliche Versammlung am Donnerstag, 6. Juni, 20 Uhr, Restaurant „Zum alten Asylanten", Berlin SW. 11, Anhaltstraße 11 (Großer Saal, 1 Treppe). Vortrag: „Verhandlungen im Rechtsausschuß des Reichstages". Freie Aussprache.

Männer- und Gemischter Chor Friedenau-Steglitz (Mitgl. d. DASB.). Freitag, 7. Juni, 19½ Uhr, in Steglitz, Fichteberg, gemeinnütziges Freiluftkonzert. Zur Aufführung kommen Männer- und Gemischte Chöre.

Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin. Allgemeine Sitzung (mit Diskussion), gemeinsam mit der Deutschen Geologischen Gesellschaft, Sonnabend, 8. Juni, 19 Uhr, im großen Hörsaal des Kunstgewerbemuseums, Berlin SW. 11, Prinz-Albrecht-Str. 7—8. Vortrag des Herrn Prof. Dr. W. Wolff-Berlin: „Die Bedeutung von Feinnivellements zur Erforschung der gegenwärtigen Erdkrustenbewegungen in Nordwestdeutschland, besonders im Küstengebiet" (mit Lichtbildern).

Deutscher Ostbund, e. V., Ortsgruppe Mariendorf-Tempelhof. Donnerstag, 6. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung in Beits Gesellschaftshaus, Tempelhof, Dorfstr. 21, Ecke Berliner Straße. Sehr wichtige Tagesordnung. Ostmärker und Gäste herzlich willkommen.

Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands, e. V., Gruppe Stralau. Donnerstag, 6. Juni, 20 Uhr, Bastelteichnischer Studienabend im Gruppenlokal, Hohenlohestraße 3.

German-English-Society. Cafe Jagenburg, Nollendorfplatz, Berlin W. 9 p. m Dramatic Recital. Mr. Ernst Wilhelmy.

Kinderwoche bei Tietz.

Kasperletheater und kleiner Rummelplatz sind, wenn auch immer wieder gern gesehene, so doch keine allzu großen Ueberraschungen mehr. So gilt es, ständig die Köpfe anzustrengen, um den Kleinen einmal etwas Neues zu bieten. Diesmal ist es gelungen. Da hat sich nämlich das Kinderland im Hause Tietz, Dönhoffplatz, in einen regulären Bahnhof verwandelt. Mit D-Zug samt Lokomotive und einem lebendigen Heizer, Schaffner, Bahnsteig, Wartesaal und Restaurationsbetrieb! Man steigt also in einen richtigen, drei Waggons zählenden Zug — die Eltern, o welche Wonne, müssen draußen bleiben — und fährt von Berlin nach Hamburg. Vor den Waggonfenstern zieht eine recht abwechslungsreiche Landschaft vorüber mit Burgen und Schlössern, Seen und Bergen. Richtig gesehen, zieht natürlich das Diorama, und der Zug steht still. Sitzt man aber drinnen, dann vermittelt ein geschickter Mechanismus den Glauben, der Zug fährt an der Landschaft vorbei. Der Besuch ist natürlich übergroß, eine Drängelei wie am richtigen Bahnhof. Der eine erklärt seinen Mitfahrern: Guckt, das ist Weimar! — ob er es nun aus der Erfahrung oder aus dem Geographiebuch kennt — jedenfalls ist alles hochbegeistert und den vielen Kindern, die im Leben noch keine Eisenbahnfahrt gemacht haben und so rasch wohl auch keine machen werden, wird hier ein fröhlich garniertes Kostbäppchen zuteil. In allen übrigen Filialen der Firma Tietz gibt es ebenfalls Kinderwoche, dort residiert Kasperle nebst vielen anderen Belustigungen.

Ausflug mit Loeser u. Wolff. Der Wintermärchendampfer „Vaterland", den die Firma Loeser u. Wolff für eine Fahrt ihrer kaufmännischen und gewerblichen Angestellten nach Rauchfangwerder gemietet hatte, war mit einer selten schönen Reklame ausgestattet. Der Schornstein zeigte eine mit interessanten Anschlägen versehene Umkleidung. An den Seitenwänden des Schiffes waren verschiedene Plakate angebracht, die bekannte Häuserecke, das Kennzeichen der Firma, die Donna-Lucia-Reklame, die jedem Berliner bekannt sind, u. a. schmückten den Dampfer. Besonders fielen die beiden Riesenzigarren am Bug auf. Die Geschäftsleitung der Firma und die alleinige Inhaberin Frau Regierungsrat Lucia S.-Loeser, als Veranstalterin dieser Fahrt, nahmen an diesem Ausflug teil.

Die Firma Gustav Cords, die neben ihrem Hauptgeschäft in der Leipziger Straße seit 2½ Jahren eine Filiale am Kurfürstendamm betreibt, hat sich entschlossen, diese aufzulösen und ihre ganze Kraft auf die Entwicklung ihres Geschäfts in der Leipziger Straße zu konzentrieren. In den letzten Jahren wendet sich das größere Interesse des kaufenden Publikums wieder den Geschäften in der City zu. Trotz der nicht unbedeutenden Umsätze am Kurfürstendamm die ungewöhnlich hohen Mietsätze und sonstigen Spesen ist eine ausreichende Rentabilität der Geschäfte am Kurfürstendamm in absehbarer Zeit kaum zu erwarten.

Zum sparsamen, tropfenweisen Gebrauch von Maggis Würze dient bekanntlich der kleine Spritzkorken (Würzesparer) auf dem Maggi-Fläschchen. Sollte dieser einmal, was ja vorkommen kann, verstopft sein, so spüle man ihn einfach mit heißem Wasser durch, und im Augenblick ist er wieder gebrauchsfertig.

Mittwoch, 5. Juni, 18.40 Uhr, findet der humorvolle Sondervortrag des bekannten Berliner Humoristen Ludwig Manfred Lommel im Rundfunk statt. Er spricht über das Thema „Familie Neugebauer besucht die Leiser-Schuhfabrik". Wer sich einige köstliche Minuten verschaffen möchte, versäume nicht, es sich pünktlich vor seinem Lautsprecher bequem zu machen.

Verkäufe

Tapeten. Sellat, Kolonienstraße 9.

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre seit 1883 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur ähnlich klingenden Firma. Man achte auf Vornamen Emil. *

Oefen, eiserne, jeder Art und Größe, auch für Säle bis 5000 cbm. Die alte Spezialfabrik Gemmler u. Bienberg, Dresdenerstraße 98—100. *

Kochherde, eiserne, Gas, Kohle, jeder Art und Größe, Siedlung, Haushalt, Restauration (Gelegenheiten), billige Badeeinrichtung, Abwaschtische, Wäschekessel, Waschkessel, Ofentüren. Teilzahlung. *

Markisen, Zelte, Blumenkästen, Leiterwagen. Teilzahlung gestattet. Kettner, Bernauerstraße 13.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Von Kavalieren wenig getragene und neue Jackettanzüge, Smokinganzüge, Abendanzüge, Sommerpaletots, farbig und marengo, Rauchanzüge u. Paletots, für jede Figur passend, Polywaren-Gelegenheitskäufe enorm billig. Keine Lumpenware. Leihhaus Friedrichstr. 2, Halleisches Tor. *

Möbel

Möbelkäufer
werte Kredit
und Tor
Möbelhaus,
große Auswahl,
kleine Preise!
Beispiele:

Schlafzimmer 455, Speisezimmer 345, Herrenzimmer 360, Spiegelschränke 118, Ausziehtischchen 75, Kleiderschränke 44, Halbbettstellen 48, Chaiselongues 28, Metallbettstellen 16, Auflegematratzen 13. Sonstige Möbel entsprechende Preise. Teilzahlung ausschließlich, Wochenraten, Monatsraten. Kleine Anzahlungen. Kassa-Rabatte bis zehn Prozent. Kredite bis zwei Jahre. Mäßige Zinsen. Neukölln, Hermannplatz 7; Steglitz, Schloßstraße 107; Belle-Alliance-Straße 93, Untergrund-Bahnhof. *

Plüschsofas 35.—, Chaiselongues 25.—, Bettstellen, Matratzen 25.—, Kleiderspinden, Wäschespinden 30.—, Ausziehtische 24.—, Waschtoiletten 28.—, Kücheneinrichtung 35.—, gut erhaltene Möbel. Möbelversand außerhalb. Sellin, Gartenstraße 26. *

Möbel-Kamerling, Kastanienallee 56. Herrenzimmer, Gobelingarnituren, Klubtische, Armlehnsessel. Riesenauswahl. Spottpreise. Zahlungserleichterung. *

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden. *

Musikinstrumente

Luxpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Lux, Brunnenstraße 85. *

Pianos, neu und gebraucht, mit herrlicher Tonfülle, ohne Anzahlung, kleine Raten, sehr preiswert. Langjährige Garantie. Pianohaus, Königstädterstraße 81.

Bandoneons, Lange, Uhlig, weltberühmt, Fabriklager, Fabrikpreise, Teilzahlungen, kleine Anzahlung. Musikweiss, Adalbertstraße 91. *

Radio

Anoden 3,30, Röhren 3,50, Sparröhren 1,50, Apparate Teilzahlung. Drehkondens 1,80 Schönleinstraße 7 *

Fahrräder

Teilzahlung, kulante Bedingungen, Fabrikpreise, nur Qualitätsräder, Fahrradhaus „Wilma", Ackerstraße heraus.

Fahrradbereifen 2,50, Schläuche 1,35, Pedale 1,50, Reparaturen billig. Schönleinstraße 2.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Zahnmetalle, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christlonat, Köpenickerstraße 39 (Haltestelle Adalbertstraße)

Briefmarken. Münzen kauft Großmann, Johannisstraße 4.

Vermietungen

2-Zimmer-Wohnung, beschlagfrei, leuchtlos. Meirich, Potsdamerstraße 114.

2-Zimmer-Wohnung, Komfort, Charlottenburg, leuchtlos, Miete 50.—. Kurfürst 1906.

2-, 2½-, 2½-Zimmer-Neubauwohnungen in Hirschgarten, Rummelsburg, Karlshorst und Reinickendorf, Südgebiet, Baukostenzuschuß 500 M pro Zimmer. Beziehbar Frühjahr 1929. Gohrmann, Belle-Alliance-Str. 19. Dezmann 4304

Verkaufsladen, abstandslos, mit Wohnung, Miete 80.—. Meirich, Potsdamerstraße 114.

Unterricht

Schnellfördernde Einzelfächer für Erwachsene: Tagesunterricht, Abendunterricht, Stenographie, Maschinenschreiben, Diktatübungen, Debattenschrift, fremdsprachliche Stenographie, Korrespondenz, Rechnen, Buchführung für jeden Betrieb, Wechsellehre, Deutsch, Fremdsprachen (Deutsche und nationale Lehrkräfte). — Radows kaufmännische Privatschule W. und Dr. A. Radow, Wilhelmstraße 49 (nahe Leipzigerstraße); Taunzienstraße 1; Alexanderplatz 50.

Schnellfördernde Privatzirkel, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Buchhaltung, Bücherrevisor Kulich, Gneisenaustraße 1, Spittelmarkt.

Verschiedenes

Einheits-Vereinszeichen, hochfein poliert — vergoldet, hochfarbig. Stückpreis bei 12 Stück 1 Mark, 25 Stück 80 Pfennig, 50 Stück 70 Pfennig, 100 Stück 55 Pfennig. Musterpreisliste gratis. Vereinsabzeichen, Stempelfabrik Petsch, Niederschöneweide, Köllnischestraße 58.

Beim Geschirrspülen kommt iMi ins heiße Abwaschwasser, bei der Verwendung für Reinigungszwecke gibt man iMi in den mit heißem Wasser gefüllten Aufwischeimer.

Reichsbahnentwicklung 1928.

Wirkungen der Tariferhöhung. — Größere Flüssigkeit. — Paris schafft weiter Luft.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft legt jetzt ihren Jahresabschluß für 1928 vor. In diesem Jahre galt die Tariferhöhung — ab 7. Oktober — nur für ein Vierteljahr, konnte also die geschäftlichen Ergebnisse des Unternehmens noch nicht wesentlich beeinflussen. Die Frachtausfälle aus dem Ruhrarbeitskampfe, die absinkende Konjunktur, der frühe Frost kamen hinzu.

Dennoch ist der Abschluß kein Verlustabschluß, wenngleich gegenüber dem Jahre 1927 die Bildung neuer Reserven zurückgegangen ist und auch eine gewisse finanzielle Anspannung zu verzeichnen ist. Zwar schließt die Betriebsrechnung mit einem Betriebsüberschuß von 864,9 Mill. RM. ab, der nur wenig hinter dem des Vorjahrs (880,5 Mill. RM.) zurückbleibt. In den Ausgaben der Betriebsrechnung ist jedoch auch der Aufwand für die Erneuerung der Anlagen der Reichsbahn enthalten, der den Lasten entspricht, die andere wirtschaftliche Unternehmungen aus den Abschreibungen decken. Dieser Aufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 10 Proz. von 720,9 Mill. RM. auf 648,1 Mill. RM. gesenkt worden. Berücksichtigt man diese Verminderung der Abschreibungen entsprechend, so ergibt sich für 1928 immerhin eine Verschlechterung in der Betriebsrechnung um rund 90 Mill. RM. Aus dem um ein weniges niedriger ausgewiesenen Betriebsüberschuß des Jahres 1928 waren gegenüber 1927

erhöhte Reparations- und Zinslasten

zu decken. Der Dienst für die Reparationsschuldverschreibungen erreichte 660 Mill. RM., also rund 70 Mill. RM. mehr als im Jahre 1927, und für die Verzinsung der 1928 ausgegebenen neuen Vorzugsaktien waren 14 Mill. RM. herauszuwirtschaften. So ergab sich für die Reichsbahn der Zwang, die Reservestellungen um rund 90 Mill. RM. zu kürzen. Auf diese Weise wurde erreicht, daß der aus dem Jahre 1927 übernommene Gewinnvortrag von rund 173 Mill. RM. wieder voll ins nächste Jahr übernommen werden konnte.

Verglichen mit dem Vorjahr haben also Abschreibungen und Reserven eine Verminderung der Zuweisung um rund 160 Mill. RM. erfahren. Dennoch erreichte ihre Summe auch 1928 noch den Betrag von rund 775 Mill. RM., der nicht nur als angemessen, sondern als reichlich bezeichnet werden muß.

Auch ohne Tariferhöhung hätte das Jahr 1928 noch einen erträglichen Abschluß aufweisen können.

Eine Beengung des Unternehmens läßt jedoch die Abnahme der Neuanlagen erkennen. Im Jahre 1927 hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft rund 350 Mill. RM. für die Errichtung von Neuanlagen verwendet. 1928 wurden nur 285 Mill. RM. aufgewandt. Im Zusammenhang mit der Verminderung des Aufwandes für Anlageneuerung und der Sachausgaben der Betriebsrechnung um zusammen rund 140 Mill. RM. ergibt sich also eine Verminderung der Reichsbahnbeschaffungen um rund 200 Mill. RM., wenn man ihre Aufwendungen von 1928 mit denen von 1927 vergleicht.

Als 1927 die Sachausgaben der Reichsbahn gegenüber 1926 um über 300 Mill. RM. stiegen, warfen wir hier die Frage auf, ob es nicht zweckmäßig sei, die Aufträge der Reichsbahn nicht in der Zeit der Hochkonjunktur des Jahres 1927 zu vergeben, sondern über einen längeren Zeitraum zu verteilen. Der Rückgang der Beschaffungen im Jahre 1928 zeigt, daß die damalige Häufung der Reichsbahnbeschaffungen auch unter dem Gesichtspunkt der Stetigkeit der Betriebsführung des Unternehmens selbst unzweckmäßig war.

Die Folge der 1927 getriebenen Beschaffungspolitik war die Kürzung schon des Beschaffungsprogramms für 1928 und die noch schärfere Drosselung im laufenden Jahre. Diese Drosselung der Reichsbahnaufträge kann jedoch jetzt ein Ende haben.

Vielleicht die verhängnisvollste Bestimmung des Reichsbahngesetzes war die über die Bildung einer Ausgleichsrücklage von 500 Mill. RM. Denn die Reichsbahnverwaltung interpretierte diese Gesetzesvorschrift dahin, daß sie verpflichtet sei, bis zu diesem Betrage flüssige Mittel aus dem Unternehmen herauszuziehen und in Bankguthaben und Wertpapieren jederzeit greifbar anzulegen. Mit der Beseitigung des Sonderpfandrechts der Reparationsgläubiger gegenüber der Reichsbahn entfällt diese Bestimmung und vor allem ihre Auslegung. Durch den Abschluß der Pariser Verhandlungen ist also die Reichsbahn in die

volle Verfügungsfreiheit über einen sofort flüssig zu machenden Fonds von jetzt 450 Millionen Mark

— diese Höhe dürfte die Ausgleichsrücklage inzwischen erreicht haben — gelangt, die ihr eine Ausweitung des Beschaffungsprogramms ermöglichen dürften.

Da neben den greifbar angelegten Mitteln dieses Fonds der Reichsbahn Ende 1928 noch über 350 Mill. RM. flüssige Mittel zur Verfügung standen, von denen wohl nur ein Viertel für den laufenden Kassenbedarf benötigt wird, kann man die Illiquidität der Reichsbahn als überwunden ansehen. Damit eröffnet sich ihr die Möglichkeit, auch in der

Lohnfrage ihren Arbeitern entgegenzukommen.

Denn die Befreiung von den Fesseln der Bestimmungen über die Ausgleichsrücklage gibt ihr ja nunmehr die Möglichkeit, nicht mehr wie bisher Neuanlagen aus laufenden Mitteln zu bestreiten, sondern auch auf die Ausgleichsrücklage zurückzugreifen. Damit wird zwar nicht die formelle Gewinn- und Verlustrechnung, wohl aber die wirtschaftliche Gesamtlage des Unternehmens eine wesentliche Besserung erfahren.

Als weitere Entlastung ähnlicher Art kommt hinzu, daß zusammen mit den Reparationsobligationen auch neuen Anleihen der Reichsbahn im Auslande, wohl insbesondere in Frankreich, ein aufnahmefähiger Kapitalmarkt erschlossen werden soll.

Unberechtigter Pessimismus.

Die zunächst durch Frost und schlechte Wirtschaftslage ungünstige Entwicklung der Reichsbahneinnahmen in den ersten vier Monaten des neuen Jahres hat zudem im Mai eine erfreuliche Wendung genommen. Trügt nicht alles, so wird der Abschluß der Pariser Verhandlungen zu einer Erleichterung der deutschen Kapitalversorgung, damit zu einer Belebung der Wirtschaft und infolgedessen auch des Reichsbahnverkehrs und der Reichsbahneinnahmen führen. War vor einem Vierteljahr noch eine zurückhaltende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Deutschen Reichsbahngesellschaft geboten, so kann man jetzt mit einer gewissen Zuversicht auf die Entwicklung der kommenden Monate sehen. **Bedenkt man, daß der Abschluß der Reichsbahn für 1928 offenbar erheblich günstiger aussieht als die Reichsbahnverwaltung selbst erwartete — sie rechnete mit nur 5110 Mill. RM. Betriebseinnahmen und nahm tatsächlich 5159 Mill. RM. ein —, so wird man ihrem Pessimismus gegenüber mißtrauisch sein dürfen. Selbst wenn man aber nur die gleiche Verkehrsleistung für 1929 wie für 1928 erwartet, also nur eine Mehreinnahme, die den erhöhten Tarifen entspricht, so scheint Raum für die knapp bemessene Lohnerhöhung vorhanden zu sein, die der Schlichter den Reichsbahnarbeitern zugesprochen hat.**

Billiges Getreide — teures Brot.

Sondergewinne für Händler und Verarbeiter. — Der billigere Konsumverein.

Die letzten Wochen haben einen kolossalen Sturz der Getreidepreise gebracht. Der Weizenpreis fiel pro Zentner von 10,50 M. auf 8,75 M., der Roggenpreis von 11,25 M. auf 10 M., also Preisminderungen um mehr als 10 Proz. Auch die Mehlpreise haben diese Preisbewegung mitgemacht, Roggen- und Weizenmehl sind ebenfalls um 10 Proz. im Preise zurückgegangen.

Schon früher haben wir bei Rückgang der Getreidepreise wiederholt feststellen müssen, daß die Brotpreise dieser Bewegung nur viel langsamer und in geringerem Ausmaße folgen und daß der Vorteil der Getreide- und Mehlverbilligung nicht den Konsumenten zugute kommt, sondern vom Handel und Bäckergewerbe verschluckt wird. Auch jetzt machen wir wieder dieselbe Beobachtung.

So hat sich der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins, nachdem die Getreidepreise bereits drei Wochen ununterbrochen zurückgehen, erst jetzt entschlossen, ab 3. Juni die Berliner Brotgewichte um 55 Gramm zu erhöhen; das bedeutet also, daß der Brotpreis ab 3. Juni etwa um 5 Proz. herabgesetzt wird.

Auch heute also wieder dasselbe Bild wie früher. Der Brotpreis folgt dem sinkenden Getreidepreis nicht nur viel zu langsam, sondern auch in absolut unzulänglichem Maße. Weniger als die Hälfte der Getreide- und Mehlverbilligung kommt der großen Masse der Verbraucherschaft, mehr als die Hälfte einer kleinen Zahl von Händlern und Bäckern zugute.

Der allzu starke und plötzliche Rückgang der Getreidepreise ist zweifellos volkswirtschaftlich unerwünscht. Es ist ein Zeichen der völligen Anarchie der heutigen Getreidewirtschaft. Mit allem Nachdruck muß jedoch gefordert werden, daß dieser Preisrückgang sich auch in den Brotpreisen entsprechend auswirkt und nicht nur zu einer unberechtigten Bereicherung von Handel und Gewerbe führt.

Das Brot der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, wie aller selbsterzeugenden Konsumvereine des Hamburger Zentralverbands, ist anerkannt besser und trotzdem seit Jahren erheblich billiger als privates Bäckerbrot. Das ist nicht nur eine Folge besserer betrieblicher Leistung und Organisation, sondern auch ein Beweis für die volkswirtschaftliche Entbehrlichkeit der hohen Zwischengewinne von heute. **Die Konsumgenossenschaft verlangt ab heute nur noch 36,7 Pf. für das Kilo Brot, während Bäckerbrot auch nach der erfolgten Herabsetzung im Durchschnitt noch 41,2 Pf. das Kilo kosten wird.**

Anhaltende Steigerung des Kaliabsatzes

Die Rekordzahlen der letzten Frühjahrssaison übertroffen.

Das Deutsche Kalisyndikat hat schon mit seinen Verladungen im März und April den Rückschlag der Kältewelle schnell aufholen können. Auch die jetzt veröffentlichten Absatzziffern für den Monat Mai stellen mit 773 000 Doppelzentnern eine neue Höchstziffer für Maiverladungen seit der Vorkriegszeit dar.

Die seit 1927 anhaltende Hochkonjunktur im deutschen Kalibergbau hat sich im Laufe dieses Jahres in verstärktem Tempo fortgesetzt. So betrug der Absatz von Januar bis Mai:

1913 . . .	5,1	Mill. Doppelzentner
1927 . . .	6,3	„ „
1928 . . .	7,0	„ „
1929 . . .	7,3	„ „

In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres konnte also der bisherige Rekordabsatz in der entsprechenden Zeit des Vorjahres noch um 4,3 Proz. gesteigert werden, während die schon sehr gute Frühjahrssaison von 1927 um 16 Proz. zurückbleibt. Da der Hauptabnehmer des Kalisyndikats die deutsche Landwirtschaft ist, die trotz wachsender Auslandskäufe im letzten Jahre noch mehr als 61 Proz. der Gesamtproduktion aufnahm, so läßt diese Absatzsteigerung auch eine verstärkte Kaufkraft weiter landwirtschaftlicher Bezirke erkennen.

Siemens' „Protos" in England. Die Firma Siemens hat der in London gegründeten „Protos Electric" eine Lizenz zum Verkauf elektrischer Artikel unter der Siemensmarke „Protos" erteilt. Als Zweck des Unternehmens wird neben dem Import und dem Vertrieb auch die Fabrikation elektrischer Apparate angegeben, so daß anzunehmen ist, daß Siemens seine unter dem Namen „Protos" bekannten Apparate auch in London herstellen lassen wird.

Ein neues Eisenkartell.

Die Gründung eines Feinblech-Kontors.

Zwischen den deutschen Feinblech-Walzwerken, die als einzigster Betriebszweig in der deutschen Eisenindustrie zur Marktbeherrschung sich noch nicht organisiert hatten, geht der Kampf um die Gründung eines Feinblechkartells schon seit Jahren. Neben einigen Großproduzenten, wie Stahltrust, Otto Wolff, Hoesch und Stahlwerk Hennigsdorf existieren in Deutschland eine große Anzahl kleinerer Betriebe, die einem verbandsmäßigen Zusammenschluß nicht gerade förderlich sind.

Die kürzlich erfolgte Verschmelzung von vier Siegerländer Feinblechbetrieben stellte den Auftakt zu der jetzt erfolgten Gründung eines Feinblechkontors dar, in dem unter Führung des Stahltrusts und Otto Wolffs der Verkauf von rund 50 Proz. der deutschen Feinblechproduktion kartellmäßig gebunden wird. Mit dem vorgesehenen Beitritt der Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf, die zurzeit noch durch Händlerverträge gebunden sind, wird das Feinblechkontor erheblich mehr als die Hälfte der Feinblechproduktion erfassen. Wie sich die kartellfeindlichen Feinblechwerke, unter denen Stahlwerk Hoesch, Wolff Netter und Jakobi, sowie Capito und Klein besonders leistungsfähig sind, zu dieser Gründung stellen werden, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls ist mit der Gründung des Feinblechkontors der erste kapitalistische Schritt getan, um die zum Teil sehr verworrenen Verhältnisse in der deutschen Feinblechproduktion planmäßig umzubauen.

Amerika in der französischen Elektroindustrie.

Immer stärkere Festsetzung.

Die beiden großen amerikanischen Elektrokonzerne General Electric und Westinghouse erobern sich ähnlich wie die amerikanischen Automobilkonzerne den Erdball stückweise. Dieser Tage kam die Meldung, daß Westinghouse und der bekannte französische Schneider-Konzern eine neue elektrotechnische Gesellschaft gründen wollen.

Dieser Vorgang hat erhebliche internationale Bedeutung. Der Konzern Schneider-Le Creusot gehört zu den stärksten Industriekräften Frankreichs. Schon in der Vorkriegszeit galt er als der französische Krupp. In den Kriegsjahren brachten ihm seine Rüstungslieferungen reichen Gewinn, so daß der Konzern in den Nachkriegsjahren eine beispiellose Ausdehnung nehmen konnte. Er gliederte sich in Frankreich weitere Kohlenzechen und Hüttenwerke an, erlangte die Kontrolle über die tschechoslowakischen Skoda-Werke, ferner baute er seine fertigindustrielle Produktion (Maschinenbau, Lokomotiven, Schiffbau usw.) stark aus. Die elektrotechnische Produktion war also nur eins seiner vielen Fabrikationsgebiete.

Nunmehr soll die wichtigste elektrotechnische Fabrik des Konzerns, die in Champagne-sur-Seine liegt, in eine neue Gesellschaft eingebracht werden, an der der amerikanische Westinghouse-Konzern beteiligt ist. Sie soll auch nach den Westinghouse-Patenten arbeiten. Auf diese Weise gewinnt der amerikanische Westinghouse-Konzern endgültig einen wichtigen Stützpunkt innerhalb des französischen Marktes.

Der Hauptkonkurrent der Westinghouse Electric and Manufacturing Company, die General Electric Co., sitzt schon seit mehr als zwei Jahrzehnten in der französischen Elektroindustrie fest. Sie kontrolliert den großen Thomson-Huston-Konzern. Thomson-Huston hat nun im vergangenen Jahr seine Interessen sehr erweitert, indem sie mit der Elsässischen Maschinenfabrik (Alsacienne de Constructions Mécaniques) eine Verbindung einging: die wichtigsten elektrotechnischen Fabriken beider Gesellschaften wurden zu einer neuen Firma „Alsthom" vereinigt, die ebenso wie Thomson-Houston in enger Beziehung zur amerikanischen General Electric steht und auch deren Patente verwertet. Sie stellt den größten Elektrokonzern Frankreichs dar.

Starke Steigerung der deutschen Kunstseideausfuhr. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres ist die deutsche Ausfuhr von Kunstseide gegenüber dem Vorjahr von 2,01 auf 2,11 Millionen Kilo gestiegen. Gleichzeitig ist die Kunstseideeinfuhr von 3,02 auf 2,64 Millionen Kilo zurückgegangen. Die ersten vier Monate dieses Jahres ergeben bei einer Ausfuhr von 32 Millionen und einer Einfuhr von 20 Millionen Mark einen Ausfuhrüberschuß von 12 Millionen Mark, während in der gleichen Zeit des Vorjahres noch ein Einfuhrüberschuß von 10 Millionen Mark zu verzeichnen war. Die deutsche Kunstseidenbilanz war in diesem Jahre also bisher aktiv. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß möglicherweise die schlechtere Inlandskonjunktur den Export gefördert hat und daß darüber hinaus Kartellabkommen den deutschen Markt der deutschen Industrie mehr vorbehalten haben als früher.

Auch in Oberschlesien bessere Eisenkonjunktur. Die kräftige Belebung, die seit einigen Wochen in der westdeutschen Schwerindustrie festzustellen ist, hat jetzt auch auf Oberschlesien übergegriffen. So hat der stärkste deutsch-oberschlesische Montankonzern, die Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.-G. in Gleiwitz, infolge der ständig wachsenden Inlands- und Auslandsnachfrage nach Roheisen jetzt in seinem Hochofenwerk Julienhütte einen dritten Hochofen angeblasen. Der Betrieb an diesem Ofen war infolge Auftragsmangel im Herbst vorigen Jahres eingestellt worden.

Die Förderung des Landarbeiterwohnungsbaues durch Preußen. Vom preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt ist jetzt eine interessante Zusammenstellung über die Förderung des Landarbeiterwohnungsbaues durch Mittel der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge veröffentlicht worden. Erfreulich ist, daß im letzten Jahr die Zahl der Eigenheime die Werkswohnungen um das Vierfache übertroffen haben. Während von 1921 bis 1923 durch Zuschüsse 10 538 Werkwohnungen, dagegen nur 367 Eigenheime gefördert wurden, verschob sich das Bild von 1923 bis 1929 sehr zugunsten der Eigenheime, die mit 18 041 gegen 10 921 Werkwohnungen die letzteren bei weitem übertrafen.

WOHNUNG UND WERKRAUM
AUSSTELLUNG BRESLAU 1929
15. JUNI–15. SEPT.

Die jungen Gemüse
gewinnen durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI's Würze
ganz besonders an Wohlgeschmack.
— Man verlange ausdrücklich MAGGI's Würze —

Alexander von Sacher-Masoch: Versunkener Garten

(Schluß.)

III.

Ein halbes Jahr verstrich nach dieser Begebenheit, ohne daß man Moschu neue Verfehlungen nachweisen konnte. Der Schrecken, den er durch meines Großvaters unerwartetes Auftauchen an jenem Morgen erfahren hatte, schien nachhaltend zu wirken. Aber Moschu hatte Phantasie, und das ist bei einem wallachischen Gartenaufseher immer gefährlich. Und überdies hatte er seltsame Träume. Eines Nachts — es gab am Vorabend Bohnen zum Abendbrot — träumte er von gewissen tanzenden Geistern, die in Gestalt kleiner roter Flämmchen unter dem größten der vier Nußbäume ihr Wesen trieben. Dieser Nußbaum stand in der südlichen Ecke des Gartens. Moschu sprach zu niemadem über diesen Fall, denn er ahnte gleich, daß es sich hier nur um einen, in grauer Vorzeit vergrabenen Schatz handeln könne. Er war in jenen Tagen noch schweigsamer als sonst, aber ich sah ihn oft in der Dämmerung im hinteren Teil des Gartens auf und ab schreiten, dabei gestikulierte er heftig und seine Lippen bewegten sich, als spräche er mit jemandem. Seine grauen Haare flatterten im Wind, seine sonst schläfrigen Augen quollen aus ihren Höhlen in unnatürlichem Feuer, und abergläubische Furcht beschlich mich bei seinem Anblick. Kurz darauf fuhren meine Großeltern über Land zu Bekannten und nahmen mich mit. Ich sah den Garten vier Wochen lang nicht wieder.

Aber ich sehnte mich nach ihm. Und nach unserer Rückkehr ging ich in Begleitung meines Großvaters hinaus, der nach dem Rechten sehen wollte, denn die Nußernte war nahe. Bei unserem Nahen erhob sich Moschu von dem flachen Stein, auf dem er seiner Gewohnheit gemäß, vor sich hinträumend, gesessen hatte. Ich bemerkte nichts Auffallendes an ihm und doch schien er mir irgendwie verändert. Eine innere Unruhe arbeitete in seinen Augen. Mein Großvater schritt dem hinteren Teil des Gartens zu, ich suchte meine gewohnten Plätze und Verstecke auf, um mir die Gewißheit zu holen, daß sie noch da waren. Vor meiner Abreise hatte ich eine komplizierte Maulwurfsfalle ersonnen. Ich wollte nun nachsehen, ob sich etwas gefangen hatte. Aber ich war noch gar nicht an der gewissen Stelle angelangt, als mich ein erstaunter Ausruf meines Großvaters zur Umkehr veranlaßte. Der Ruf erklang aus der südlichen Ecke des Gartens, wo eben dieser Nußbaum stand, von dem ich erzählte. Es war mir beim Näherkommen, als hörte ich auch Moschus tiefen, gurgelnden Baß. Ich hatte meinen Weg, um rascher zum Ziele zu kommen, quer durch den Garten genommen, und als ich jetzt aus dem Kukuruzfeld trat, bot sich mir ein ungewöhnliches Bild. Mein Großvater stand unter dem Nußbaum und fegte gerade mit dem Stock eine Schicht dürren Reisigs beiseite, die knapp um Fuße des Baumes über dem Boden lag. Ein großes, etwa zwei Meter tiefes und mannsbreites Loch kam zum Vorschein. Moschu stand dabei, die Schultern hochgezogen, mit hilflosem, verlegenen Gesicht. Er erklärte gerade:

„Eine Wolfsfalle, Dommule."

Und er erzählte eine verworrene Geschichte, daß in der Nachbarschaft ein großer, eisgrauer Wolf aufgetaucht sei und ein Kalb erwürgt habe. Zwar hätte man ihn nicht genau gesehen, da es gerade Dämmerung war und die Leute sich noch auf dem Felde befanden. Jedoch sei die Tatsache nicht wegzuleugnen, daß das gewisse Kalb tot aufgefunden wurde und die ganze Geschichte daher sehr wahrscheinlich.

Mein Großvater sah Moschu gar nicht an, sondern er deutete auf das Loch. Er schien ärgerlich zu sein. Denn die Grube legte einen großen Teil des Wurzelwerkes frei und der Baum war in seinem Lebensnerv gefährdet. Er sagte soviel:

„Ob es hier um diese Jahreszeit Wölfe geben kann, das weißt du genau so gut wie ich. Aber was mit dir geschieht, wenn diese Grube nicht noch heute abend zugeschüttet ist, das weiß nur ich allein.

Damit machte er kehrt und ging schweigend aus dem Garten. Ich folgte ihm zögernd, und als ich von Zeit zu Zeit verstohlen über meine Schulter zurückblinzelte, sah ich Moschu in gebeugter Haltung vor der Grube stehen und vor sich hinstarren. Was in ihm vorging, ahnte ich nur. Er begrub den Traum des ewig Erdgebundenen, der dazu geboren ist, für andere zu arbeiten, den Traum vom Schatz, den ihm ein gütiger Zufall in die Hände spielt und der ihn zum großen Herrn machen soll.

Aber ich ahnte diese Dinge damals nur, denn ich war ein kleiner Knabe und wußte wenig vom Sinnen und Trachten der Menschen.

IV.

Ich stand in einer Ecke des Zaunes zwischen zwei Haselnußsträuchern und starrte den Märktern nach. Natürlich war ich barfuß, wie immer, und der Abendwind strich mir kühl um die bloßen Waden. Die Dämmerung war nahe, der Wochenmarkttag war zu Ende und die Märktler zogen aus der Stadt hinaus, in alle Richtungen, heimwärts. Sie kamen mit großem Peitschengeknall und ihre kleinen, munteren Wallachenpferdchen zogen schwer an den hohen, überdachten Wagen. Die Wagenachsen knarrten und ächzten beängstigend und die Räder polterten kreischend über die schauderhaft schlechte Straße. Weithallende Rufe flogen auf und pflanzten sich von einem Wagen zum anderen fort und verloren sich, irgendwo am Ende der langen Wagenreihe, in der Ferne. Die buschigen Schnurrbärte der Männer waren zerweht von der schweren Mühe des Tages und baumelten traurig abwärts.

Ich stand auch noch in der Ecke des Zaunes, als das Gerassel des letzten Wagens schon lange verklungen war. Märchenhafte Dämmerung lag über dem Garten, der Wind raschelte geheimnisvoll im Kukuruzfeld, die alten Nußbäume hoben ihr ernstes Rauschen an und von drüben erscholl der eintönige, traurige Abendgesang der Wächterleute. Ich sah über den Garten hinweg und eine seltsame Ergriffenheit überkam mich. Ich hatte zum ersten Male das Gefühl, daß dies die Erde war, aus der ich emporwuchs, meine Erde. . . . .

Aber der nächste Tag brachte eine große Veränderung.

Um die Mittagszeit erschien nämlich ein fremder Mann im Garten und mein Großvater führte ihn den Weg entlang. Dabei hob er in gewissen Zwischenpausen den Stock, als erklärte er ihm dies und das, eine seltene Apfelsorte, eine Marillenart. Der Mann hatte ein breites, rotes Vollmondgesicht und überragte meinen Großvater um Haupteslänge. Die Aermel seines Rockes schienen zu kurz geraten zu sein, denn sie reichten ihm nicht weit über die Ellenbogen hinaus. Er hatte große, knochige Hände. Seine Augen waren von einem hellen klaren Blau und obgleich sein Gesicht eher einen gutmütigen Eindruck erweckte, beschlich mich dennoch bei seinem Anblick eine unerklärliche Angst. Ich hörte nicht, was sie miteinander besprachen, denn ich wagte mich ihnen nicht zu nähern und hielt mich immer in ehrerbietiger Entfernung. Seiner Gewohnheit gemäß blieb mein Großvater von Zeit zu Zeit stehen und neigte den Kopf ein wenig zur Seite. Einmal sah ich, wie er ärgerlich wurde, denn er fuchtelte mit dem Stock aufgeregt in der Luft herum und hob seine Stimme. Ich vernahm die Worte:

„Anders gebe ich ihn nicht her. . . ."

Erst später erfuhr ich, daß mein Großvater in jenem Augenblick wohl Grund hatte, erregt zu werden, denn es handelte sich um den Verkauf des Gartens, den er über alles liebte. Ich denke, er mußte unerbittlich dazu gezwungen sein — vielleicht hatte er kein Geld — denn nie und nimmer entschloß er sich leichten Herzens zu diesem Schritt. Der Ausruf: „Anders gebe ich ihn nicht her" bezog sich vermutlich auf den Preis des Grundstücks. Gleich darauf schienen sie jedoch einig geworden zu sein, denn mein Großvater winkte mich heran. Er sah ungewöhnlich ernst drein, als er sagte:

„Dies, mein Junge, ist Herr Antal Kolkbrenner, und von übermorgen an gehört dieser Garten ihm."

Ich versuchte, irgend etwas Aehnliches wie eine Verbeugung zustandezubringen. Aber die blauen Augen des großen Mannes schauten über mich hinweg. Gleich darauf begann ich heftig zu zittern. Dies blieb jedoch sowohl meinem Großvater, als auch von dem fremden Manne unbemerkt, denn sie hatten ihren Weg in die Richtung des Kukuruzfeldes fortgesetzt.

Die Wochen, die auf diesen Tag folgten, waren für mich eine schwere Zeit. Oft, wenn ich aus der Schule kam, trugen mich meine Füße fast gegen meinen Willen die altbekannte Straße entlang. Aber vor dem Zaun machte ich immer halt. Dieser schiefe, an vielen Stellen schadhafte, alte Bretterzaun war für mich eine unübersteigbare Mauer geworden. Und hinter dieser Mauer lag mein Land, die Erde, die ich als meine Erde fühlte, der Garten, der, solange ich mich zurückerinnern konnte, mein liebster Aufenthalt gewesen war. Wie ein Dieb schlich ich mich heran, um von draußen ein mir vertrautes Geräusch zu erhaschen, das Knicken eines Astes oder das Rauschen der Nußbäume, aber wenn sich Schritte näherten, lief ich jedesmal davon. Der neue Besitzer hatte sein Eigentum übernommen und ich sah seine ungewöhnlich hohe, vierschrötige Gestalt, die mich an die Riesen der Märchen erinnerte, oft von ferne im Garten auf und ab wandern. Moschu war entlassen worden, mein Großvater beschäftigte ihn bei sich im Hause.

Je öfter ich den großen Mann sah, der den Garten mit soviel Selbstverständlichkeit in Besitz genommen hatte, um so mehr Angst empfand ich bei seinen Anblick. Ich lief davon, wenn immer er sich näherte. Einmal überraschte er mich jedoch, als ich, abgewandt in der Nähe des Zaunes kauerte, in tiefem Kummer vor mich hinsinnend, die Augen sehnsuchtsvoll auf den Garten gerichtet. Ich spürte seine schwere Hand auf der Schulter. Ich erbebte.

„Nun, mein Junge," sagte er, du bist wohl traurig und sicher böse auf mich, weil ich dir deinen Spielplatz genommen habe. Und er wiegte seinen großen, runden Kopf gedankenvoll hin und her. Wie er so dastand und seine Blicke ernst über den Garten glitten, erschien er mir gar nicht mehr so furchterweckend, ja, eher freundlich, und ich sah vertrauensvoll zu ihm auf. Er nahm mich bei der Hand:

„Komm nur," meinte er, „wir wollen einen Vertrag miteinander machen. Du darfst auch weiter im Garten spielen, so oft du nur dazu Lust hast, aber dafür mußt du mir versprechen, daß du dich nicht mehr vor mir fürchtest."

Und er nahm meine Hand in die seine, ganz ernst, und schüttelte sie. Ich wundert mich darüber, welch' große Hände er hatte.

Mein Herz klopfte heftig. Ich betrat den Garten zum ersten Male wieder, den Garten, nach dem sich mein Herz so grenzenlos gesehnt hatte. Vorsichtig setzte ich einen Fuß vor den anderen. Es war alles noch so, wie ich es vor langen Wochen verlassen hatte. Jeder Strauch stand an seinem Platze und jeder Stein lag so wie ehedem. Dieser Wulst am alten, knorrigen Nußbaum, der die Form einer Nase hatte, der Hügel, über den ich so oft gesprungen bin, die altvertraute Biegung des geheimen Pfades im Kukuruzfeld. Ich starrte und starrte und ging von Platz zu Platz, immer einen Fuß vor den anderen setzend: Klipp, klapp, klipp, klapp. Ich habe hölzerne Beine, dachte ich. Etwas Gezwungenes war in meinem Gehen. Auch die jähe Freude, die mich ergriffen hatte, als sich das Tor des Gartens von neuem für mich öffnete, war nicht von Dauer. Und nach einer Stunde schon beschlich mich jenes große Gefühl der Fremdheit, eine der größten Enttäuschungen meines Lebens, an die ich noch heute mit Wehmut zurückdenke. Wie eine Krankheit überkam es mich. Ich spürte große Leere in meinem Kopfe und ich ging immer weiter, betastete hier und dort die bekannte Biegung eines Astes und sie war mir fremd, das Brett der Maulwurfsfalle, die ich selbst gelegt hatte, und es war mir fremd, und ich horchte angestrengt auf den eintönigen, sagenhaften Gesang der Wächtersleute und er war mir fremd.

Niemand wußte es, was an jenem Tage in mir vorging. Ich kam heim wie immer, ziemlich spät, und meine Großmutter brachte mich zu Bett. Sie nahm meinen Kopf in ihre Hände und strich mir, ihrer Gewohnheit gemäß, durch das Haar. Aber ich dachte nur:

„Ich habe meinen Garten verloren!"

Wilhelm Filchner: Tibetisches Gefängnis

Das mit Spannung erwartete einzige volkstümliche Buch des tiefgelogten, zum Glück aber wieder „zum Leben erwachten" Forschers über seine abenteuerliche China- und Tibetreise 1926—1928 wird in den nächsten Wochen im Leipziger Verlag F. A. Brockhaus unter dem Titel „Om mani padme hum" erscheinen. Die nachstehende Schilderung ist uns vom Verlag zur Veröffentlichung freigegeben.

9. Oktober. In der Nacht war das Thermometer auf minus 7,1 Grad Celsius gesunken. Die Tagestemperatur hingegen zeigte im Maximum plus 18,3 Grad Celsius. Wolkenloser, schöner, fast windstiller Morgen. Noch in der Nacht war Noga von Nga-tschu-ka her eingetroffen mit der Mitteilung, daß der Khampo den Bula für uns bewilligt habe, d. h. die kostenlose Stellung von drei Pferden für den geplanten Ritt nach Nga-tschu-ka. In der Frühe sind die Pferde schon durch die Tibeter der umliegenden Zelte herangebracht, und dann geht es zur Provinzhauptstadt. Auch ich, der verdächtige Deutsche, habe zum ersten Male die Erlaubnis, die „Höhle des Löwen" zu betreten. Wir kommen nach mehreren Kilometern Ritt am staatlichen Häuptlingszelt und einem kleinen, niederen, aus Stein und Erde erbauten, von einer Mauer eingeschlossenen Häuschen vorbei, dem ersten Gebäude dieser Art seit Jaka.

Allmählich wird der Verkehr rege. Unzählige kleine, mit Lanzen bewaffnete Reitertrupps, Karawanen und Jakherden ziehen nach Nga-tschu-ka, wo heute ein Fest mit Tanz im Kloster stattfindet. Schon seit Tagen treffen von weither Besucher ein. Die Geländeaufnahmen werden schwierig. Nga-tschu-ka, dieser wichtige Wegekreuzungspunkt, bietet aus der Ferne einen überraschend vorteilhaften Anblick. Um einen ganz in tibetischem Stil monumental gehaltenen Klosterbau und das villenartige Haus des Khampo herum gruppieren sich ganz willkürlich die Häuser von Nga-tschu-ka. Sie sind sämtlich drei bis sechs Meter hoch, von quadratischem oder rechteckigem Grundriß. Außen fehlen die Fenster, sie münden nach dem Hof hinaus, der von einer hohen Mauer umrahmt ist. Die Häuser sind aus Stein erbaut mit ebenem Dachbelag aus Holz, Faschinen, Steinplatten und mit Lehm verschmiert. Außerhalb der Hofmauern sind Seile in der Erde verankert, an denen Jaks, Schafe und Pferde während der Nacht befestigt werden. An die Steinsiedlungen von Nga-tschu-ka schließt sich ein Komplex mit weitverstreuten Zelten.

In Nga-tschu-ka sollen etwa tausend Familien leben.

In dem Raum zwischen dem Kloster und der Karawanserei bringen zwei Gebetsmauern, im Abstand von 100 Meter errichtet, den Beweis von der großen Frömmigkeit der Eingeborenen. Solche Gebetsmauern sind im allgemeinen ein bis zwei Meter hoch, zwei Meter breit und zehn bis zwanzig Meter lang, können aber auch zuweilen Riesendimensionen annehmen. Aus der Ferne wirken sie dann wie starke Festungswerke. Bei Leh trafen wir später tadellos ausgeführte, meterhohe Mauern von Kilometerlänge. Die Mauern sind aus Steinplatten erbaut, die mit heiligen Gebeten oder Götterbildnissen geschmückt sind. Steinmetze haben diese ausgeführt und mit Bemalung versehen. Wenn also der Sturm durch diese, ohne Bindemittel aufeinandergeschichteten Steinplatten fährt, so liest er nach Ueberzeugung der glaubensfreudigen Tibeter alle die auf den Steinplatten eingemeißelten Gebete ab und trägt sie zum Himmel empor. Dort werden sie zum Seelenheil dessen, der eine solche Gebetsmauer errichten ließ, registriert. Eine andere Art von Gebetsmauern besteht darin, daß der freie Raum innerhalb eines aus Maniplatten errichteten Steinummauerungen mit Gebetstafeln willkürlich ausgefüllt wird. Diese Art treffen wir hier in Nga-tschu-ka an. Ueber der Mitte dieser 30 Meter langen Mauer ist ein Steinhäuschen aufgesetzt, in dessen Innern eine Gebetsmühle drehbar ist.

Ein anderer religiöser Bau ragt auf der Höhenkuppe jenseits des Flusses auf, ein gewaltiges Cha-tsa. Unterhalb am Steilhang leuchtet weithin in etwa fünf Meter hoher tibetischer Schrift das Gebet „Om mani padme hum", dort kenntlich gemacht durch Einfügung heller Steine in den dunklen Erdgrund.

Nördlich vom Kloster ist auf der untersten Terrasse ein Nonnenkloster — Ani-gomba — erbaut, das aus einem Hauptbau besteht, von einer festungsartigen Umwallung umfriedet. Kein männliches Wesen darf das Kloster und seine Umgebung betreten.

Diese Nonnen mit kurzgeschnittenem Haar, ungefähr sechzig an der Zahl, stehen auf einer höheren Stufe als die meisten tibetischen Frauen, denn ihnen wurde im Kloster Lesen und Schreiben gelehrt. Diese Künste beherrscht im allgemeinen nur die vermögende Frau, die sich einen Lehrer halten kann. Dem einfachen Volk ist es übrigens gar nicht erlaubt, die wenigen vorhandenen Mädchenschulen zu besuchen.

Mein Kamerad hatte inzwischen in einer Karawanserei Unterkunft gefunden, dem „Hotel" des Ortes. Von seinem Dach flattern Gebetswimpel. Das kleine Haus mit Seitenbau und Hof umschließt einen Wohnraum für die Familie sowie einen länglichen Raum mit Schlafgelegenheit für die Gäste. Der eine schemelartige Tisch und einige Etageren an der Wand enthalten Lebensmittelvorräte zur Aufbewahrung: Zucker, Reis, getrocknete Früchte, Butter, Nüsse, Tsamba, Tee und Aprikosenbaumöl. Im Hauptgebäude nimmt die Küche den größten Raum in Anspruch. Hier steht ein aus Lehm errichteter Herd, in den eiserne Kessel eingelassen sind. An der Wand ein Tisch, zu beiden Seiten einige niedrige Sitzleisten, die Tag und Nacht belagert sind. An den Wänden stehen auf Gestellen Säcke mit Wolle, truheähnliche Vorratskisten sowie nicht gereinigte Töpfe und Kessel herum. Das ganze Kücheninnere ist verrußt und alles mit Schmutz überdeckt. Der Rauch zieht durch ein Loch in der Decke ab. In einer Ecke kämmt eine Frau ihrem Eheliebsten die Haare und händigt diesem die dabei vorgefundenen Läuse mit unnachahmlicher Grazie aus.

Gegenüber dem Hotel winkt uns das Gefängnis, ein zwei Meter hoher, fensterloser Bau aus Bruchstein. Das Innere gleicht einem dunklen, niederen Stall. Hier fallen oberhalb des Bodens starke, vierkantige Balken auf, die im ganzen achtzehn Doppellöcher enthalten. In diese Löcher werden nachts die Hand- oder Fußgelenke der liegenden Gefangenen eingeführt. Unter Tag sitzen diese vor der Tür in der Sonne. Füße und Hände sind in Eisen gelegt. Der Verkehr zwischen dem jovialen Gefängniswärter und den Gefangenen ist recht gemütlich. Nur ein Blick an die Außenwand des Gefängnisses erinnert uns daran, daß es doch besser ist, mit dem Gefängnis keine nähere Bekanntschaft anzuknüpfen. Dort hängen nämlich die an den Gelenken abgehauenen, eingetrockneten Hände eines angeblich wegen Diebstahls Verurteilten.

Die Radio-Schallwellen sind schneller als der gewöhnliche Schall in der Natur. Eine im Berliner Senderhaus aufgefangene Musik vom Leipziger Sender wurde wieder nach Leipzig gesandt und im dortigen Senderaum durch Lautsprecher wiedergegeben. Der Schall, der durch Radiowellen den Weg Leipzig—Berlin—Leipzig zurückgelegt hatte, war schneller da, als der direkte Schall vom Rundfunkorchester nach der Saalecke, wo der Lautsprecher stand.

Woher stammt der Name „Brühl"? Der Straßenname „Brühl", der sich in einer Reihe von Städten findet — am bekanntesten ist wohl die Pelzhändlerstraße in Leipzig, die diese Bezeichnung trägt —, hat nichts mit dem Personennamen des Adelsgeschlechts von Brühl zu tun. Er bedeutet so viel wie eine sumpfige Niederung an einem Flusse, dürfte sich also aus alten Zeiten her behauptet haben, in denen die Flußgelände noch wenig reguliert waren.

Kommunistische Mißwirtschaft.

Wie der Tabakarbeiterverband in Berlin verwaltet wurde.

Die Funktionäre aus den Betrieben der Berliner Zigarettenindustrie waren zu Montagabend nach dem „Rosenthaler Hof" zusammenberufen worden, um die Gründe zu erfahren, die den Hauptvorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes veranlaßt haben, seine beiden Berliner Bevollmächtigten Armbrust und Kohlmann am 25. Mai ihrer Aemter zu entheben.

Genosse Husung vom Hauptvorstand des Tabakarbeiterverbandes entwarf von dem Verhalten dieser beiden kommunistischen Angestellten in den letzten Jahren ein Bild, das jedem ehrlichen Gewerkschaftsfunktionär die Ueberzeugung gab, diese Leute hätten schon längst beseitigt werden müssen. Sie haben das Vertrauen der Hauptverwaltung und der Mitglieder seit Jahren schnöde mißbraucht, dem Hauptvorstand unzutreffende Situationsberichte über den Stand von Lohn und Manteltarifbewegungen eingeschickt, ihn durch solche Berichte zur finanziellen Unterstützung tarifwidriger Streiks veranlaßt, die mit der Ortsverwaltung kartellierten Organisationen gleichfalls oftmals hinters Licht geführt.

Das Maß zum Ueberlaufen brachte jedoch

ihr Verhalten vor und nach dem 1. Mai

dieses Jahres. Obwohl der Berliner Ortsausschuß des ADGB. beschlossen hatte, die Maikundgebungen in Sälen zu veranstalten und die Ortsverwaltung des Tabakarbeiterverbandes auch schon einen Saal gemietet hatte, duldeten sie es, daß ein weibliches Verwaltungsmitglied die Verbandsmitglieder in Wort und Schrift zur Sabotage der Maiveranstaltung des Tabakarbeiterverbandes aufforderte. Armbrust erklärte, daß er die Versammlungsbesucher zur Teilnahme an den kommunistischen Straßendemonstrationen auffordern werde. Er besorgte für die Maiversammlung einen Referenten, der wegen verbandsschädigenden Verhaltens aus dem Metallarbeiterverband ausgeschlossen ist und der dann in der Maiversammlung in der skrupellosesten Weise die Gewerkschaften herunterriß. Die Versammlung war nur zum geringen Teil von Verbandsmitgliedern besucht, zum überwiegenden Teil aber von halbwüchsigen, von der KPD. dorthin kommandierten Leuten. An die Spitze des Demonstrationszuges, der sich nach der Versammlung bildete, setzte sich Armbrust allerdings nicht. Er hütete sich wohlweislich, mit dem Gummiknüppel Bekanntschaft zu machen, sondern ließ die von ihm aufgewiegelten Versammlungsteilnehmer die Prügel beziehen.

Genosse Husung wies dann chronologisch nach, wie Armbrust die wilden Streiks in den Zigarettenfabriken inszeniert hat und wie er es dann dem „reformistischen" Gauleiter Fischer und den Gewerkschaftsangestellten der übrigen Verbände überließ, sich abzumühen, die auf der Strecke gebliebenen

900 Opfer der kommunistischen Maiaktion

wieder in Arbeit zu bringen, was diesen vielgeschmähten „Bonzen" auch fast restlos gelungen ist. Von allen diesen Vorgängen wurde der Hauptvorstand nicht in Kenntnis gesetzt. Erst als der Hauptvorstand durch die Stellungnahme der Unternehmer von den Dingen erfuhr, gestand Armbrust zögernd den Bankrott ein. Auf Befragen erklärte Armbrust, daß die Ortsverwaltung diese kommunistische Streikaktion finanziell nicht unterstützt habe. Eine Kassenrevision ergab jedoch, daß 1200 M. Streikunterstützung gezahlt worden sind. Das weibliche Verwaltungsmitglied, das zur Sabotage der Maiveranstaltung aufgefordert hatte und sich als eingeschriebenes KPD.-Mitglied einer besonderen Gunst der beiden Bevollmächtigten erfreute, hat

1300 M. einkassierte Beiträge veruntreut,

wie auch der Bevollmächtigte Armbrust schon seit neun Monaten mit seinen Verbandsbeiträgen im Rückstand ist! Alle diese skandalösen Vorgänge zwangen den Hauptvorstand dazu, Armbrust und Kohlmann am 25. Mai zu entlassen. Ihr Gehalt, um das sich Armbrust nachhaltiger bemühte als um die Opfer seiner sinnlosen Aktion, wird ihnen noch vier Monate weitergezahlt werden.

Genosse Husung ersuchte die Funktionäre, dem als Bevollmächtigten eingesetzten, bisherigen Vorsitzenden der Kölner Filiale, Genossen Klink, sowohl als dem zum Kassierer bestellten Gauleiter Genossen Fischer Vertrauen entgegenzubringen und mitzuhelfen, daß der von den beiden davongejagten Angestellten angerichtete Schaden bald wieder wettgemacht wird.

Einige kommunistische Funktionäre, die ihre Unkenntnis der Gewerkschaftsbewegung hinter radikalen Redensarten zu verbergen suchten, wollten für die beiden gewissenlosen Drahtzieher noch eine Lanze brechen, fielen aber damit bei der Versammlung ab. Selbst ein der „Opposition" bisher sehr nahestehender Funktionär, dessen sachliche Ausführungen auf alle Versammlungsteilnehmer einen starken Eindruck machten, verurteilte auf das schärfste das verbrecherische Spiel Armbrusts und seines Gefolges. Er brandmarkte besonders die Feigheit Armbrusts, der sich am 1. Mai, anstatt die aufgewiegelten Tabakarbeiter bei ihrer Demonstration zu führen, in der Sophienstraße mit einigen anderen verantwortlichen Funktionären um ½1 Uhr mittags in einer Kneipe am Biertisch niederließ und stundenlang diese „revolutionäre" Stellung hielt. Die Stimmung in der Versammlung zeigte jedenfalls, daß die Berliner Zigarettenarbeiter so leicht den Rattenfängermelodien kommunistischer Parolenschmiede vom Schlage Armbrusts nicht mehr folgen werden.

Reiner Tisch bei den Rohrlegern.

Zusammenbruch der kommunistischen Spaltung.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Spaltungsaktion in der Berliner Rohrlegerbranche, die durch den sowjetrussischen Angestellten Niederkirchner seit Monaten betrieben wird, kläglich im Sande verläuft, dann ist dieser Beweis durch die Rohrlegerversammlung erbracht worden, die zu gestern abend nach dem Verbandshaus der Metallarbeiter einberufen worden war. Zu dieser Versammlung hatten nur die Rohrleger Zutritt, die durch die Abgabe ihres Verbandsbuches an die Ortsverwaltung zwecks Registrierung bekundet haben, daß sie sich an die Satzungen und Beschlüsse des Verbandes halten wollen.

Die Versammlung war von fast tausend Mitgliedern besucht, was wahrscheinlich auch nicht die Leute bestreiten werden, die gegenüber dem Verbandshaus als Spione des Niederkirchner Aufstellung genommen hatten. Genosse Urich ging zuerst noch einmal kurz auf die Vorgänge ein, die dazu geführt haben, daß die Ortsverwaltung von sich aus eine provisorische Branchenkommission eingesetzt hat, die auch an den Verhandlungen über den Neuabschluß des Lohn- und Manteltarifvertrages beteiligt war. Urich betonte, daß dieser provisorische Zustand nur einige Wochen dauern solle, und daß in einigen Wochen eine neue Versammlung stattfindet, die aus ihrer Mitte eine Branchenkommission wählen soll.

Hierauf gab der Bevollmächtigte Genosse Eckert das Ergebnis der Lohn- und Manteltarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Zentralheizungsindustrie, Gas- und Wasserleitungsfachmänner und des Klempnergewerbes für Berlin bekannt. Er wies darauf hin, daß infolge der kommunistischen Quertreibereien die Verhandlungen sehr erschwert worden sind, daß es aber trotzdem gelungen ist, in freier Verhandlung ein Abkommen zu treffen, das in seinem Inhalt den früher von Niederkirchner getroffenen Vereinbarungen durchaus standhält. Die Löhne werden in allen Gruppen der Rohrlegerbranche ab 1. Juli bis 30. September um 7 Pf. pro Stunde und ab 1. Oktober bis 31. März 1930 um weitere 4 Pf. erhöht. Hinsichtlich des Manteltarifvertrages konnten die Verschlechterungsanträge der Unternehmer abgewehrt und darüber hinaus noch einige Verbesserungen, wie z. B. in der Frage der Hoch- und Turmbauten u. a. durchgesetzt werden. Der Manteltarif soll ebenfalls bis zum 31. März 1930 gelten.

In der Diskussion, die sich in ganz anderen Bahnen bewegte als bisher in den Rohrlegerversammlungen, wurde allgemein anerkannt, daß die Ortsverwaltung und die Verhandlungskommission die Interessen der Berliner Rohrleger gut vertreten haben. Alle Redner brachten einmütig ihren Willen zum Ausdruck, weiterhin treu zur alten Organisation zu stehen und auch noch auf die einzuwirken, die bisher noch nicht den Mut aufgebracht haben, sich offen für den Metallarbeiterverband zu bekennen. Sowohl das Lohnabkommen als auch der Manteltarif wurden gegen 5 Stimmen angenommen. Die Versammlung, die von einem vorbildlichen kameradschaftlichen Geist getragen war, wurde mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Metallarbeiterverband geschlossen.

Noch kein Sofort-Programm.

Erst interfraktionelle Besprechungen.

Auf unsere Anfrage bezüglich des „Sofort-Programms" zur Sanierung der Reichsanstalt meldet das Wolff-Bureau:

„In der Presse ist die Frage aufgeworfen worden, ob das Reichskabinett eine Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung bereits beschlossen habe. Darauf ist zu erwidern, daß der ganze Fragenkomplex des Sofort-Programms sich noch in der Schwebe befindet und Gegenstand interfraktioneller Besprechungen sein wird. Endgültige Entscheidungen sind daher noch nicht getroffen."

*

Danach hat also das Reichskabinett überhaupt keine Entscheidung getroffen, sondern überläßt diese den Koalitionsparteien. Es sollen erst interfraktionelle Besprechungen stattfinden. In diesen Besprechungen werden die offenen oder versteckten Feinde der Arbeitslosenversicherung erst einmal ihr Material beibringen müssen. Unbewiesene und unbeweisbare Räubergeschichten, wie sie gewissen demokratischen Blättern aufgetischt wurden, tun es nicht. Im übrigen wird in diesen Besprechungen niemand im unklaren darüber bleiben, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht rütteln lassen wird an den Grundlagen der Arbeitslosenversicherung.

Arbeitskonferenz und Angestellte.

Begrenzung der Arbeitszeit.

Genf, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Am Dienstag vormittag begann die Arbeitskonferenz mit der allgemeinen Debatte über die Arbeitszeit der Angestellten.

Im Namen der Arbeitgebergruppe erklärte der Däne Oerstes, daß die Arbeitgeber keine Möglichkeit sehen, die Arbeitszeit der Angestellten international zu regeln. Sie betrachteten es als ihre Aufgabe, in den Kommissionsberatungen den angeblich unzulänglichen Bericht des Amtes zu zerteilen und die Kommission davon zu überzeugen, daß die Zeit für ein internationales Abkommen noch nicht da sei.

Demgegenüber erklärten die Arbeitervertreter sowie ein Angestellter Indiens, der Vertreter der christlichen Angestelltenverbände Hollands und Dr. Pfirrmann, der Geschäftsführer des Butab: Die Angestellten bilden eine in allen Ländern rasch wachsende überaus zahlreiche Gruppe von Beschäftigten, da gerade diejenigen Betriebe und Verwaltungen, die von dem Washingtoner Uebereinkommen nicht erfaßt sind, die Tendenz zu besonders großem Wachstum zeigen. So die Banken, der Handel, die Versicherungsunternehmungen, die Verwaltungen und die freien Berufe. Man muß sich darüber klar sein, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der letzten Jahrzehnte mit dem Wachstum der großen Betriebe

die Funktion des Angestellten in der Wirtschaft

entwickelt und tiefgehend gewandelt hat. Der Angestellte kann heute auch in denjenigen Wirtschaftszweigen, in denen er früher seine Tätigkeit nur als eine Uebergangserscheinung zur künftigen Selbständigkeit ansah, nicht mehr damit rechnen, nach kurzer Zeit den Angestelltenberuf aufzugeben.

Dazu kommt, daß die Entwicklung zum großen Betrieb und die weitgehende Arbeitsteilung große Gruppen von Angestellten geschaffen hat, insbesondere aus den Kreisen der Frauen und der Jugendlichen, die früher in diesem Umfange in dem Angestelltenberuf unbekannt waren. Der Funktionswandel ist darin zu erblicken, daß zahlreiche Aufgaben, die früher dem Betriebsinhaber überlassen waren, heute einer großen Zahl von Angestellten übertragen sind und daß, damit verbunden, ein außerordentlich weitverzweigtes System der Kontrolle und der zwangsläufigen Zusammenarbeit eingeführt worden ist. Die Wirkung dieser Entwicklung ist aber die, daß eine, in keinem früheren Zeitalter gekannte, kaum noch übersehbare Fülle von Berufsgruppen sich entwickelt hat, die durch das gemeinsame Schicksal gekennzeichnet sind,

lebenslänglich in abhängiger Stellung

auf die Verwertung ihrer Arbeitskraft angewiesen zu sein. Damit werden die allgemeinen Voraussetzungen geschaffen, auf Grund deren sozialpolitische Eingriffe im Sinne der Einflußnahme auf die Bedingungen des Arbeitsvertrages unerläßlich wurden. Es muß deshalb nach der Auffassung der freigewerkschaftlichen Angestellten aller Länder ein neues internationales Abkommen geschaffen werden, das außer der Landwirtschaft und Schiffahrt alle Arbeitnehmer derjenigen Betriebe und Verwaltungen umfaßt, die nicht unter das Washingtoner Uebereinkommen fallen. Es ist sicher, daß die Festsetzung der Arbeitszeit für die nicht unter das Washingtoner Abkommen fallenden Arbeitnehmer, insbesondere die Angestellten, besonders wichtige Fragen behandeln muß, auf die sich die Aufmerksamkeit der Konferenz besonders lenken möchte.

Die Berufsgruppe der Angestellten, die ja kein Anhängsel einer anderen Gruppe, etwa der selbständigen freien Berufe der geistigen Arbeiter, ist, spricht ihre volle Bereitwilligkeit aus, an dem Aufbau der internationalen sozialen Zusammenarbeit mitzuwirken, in der Ueberzeugung, damit dem Frieden und der Wohlfahrt der gesamten Menschheit zu dienen.

Genf, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Auf der Arbeitskonferenz wurde am Dienstag die allgemeine Aussprache über die Arbeitszeitregelung der Angestellten beendet. Von den Regierungsvertretern trat nur Ministerialdirektor Sitzler-Deutschland unumwunden für die Angestelltenforderungen ein. Er betonte, die deutsche Regierung sei der Auffassung, daß die Schwierigkeiten, die einer internationalen Regelung der Arbeitszeit der Angestellten entgegenstünden, überwunden werden können und es durchaus möglich sei, zu einem, den Wünschen der Angestellten entsprechenden Abkommen zu gelangen. Die Regierungsvertreter Polens und Schwedens ließen erklären, daß sie den Zeitpunkt noch nicht für gekommen hielten, um so weniger als das Schicksal des Washingtoner Abkommens ungewiß sei. Der englische Regierungsvertreter äußerte Bedenken, verzichtete aber mit Rücksicht auf den in England stattfindenden Regierungswechsel auf eine endgültige Entscheidung.

Erledigter Zwischenfall.

Genf, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Der Zwischenfall in der Debatte über die Zwangsarbeit ist damit formell erledigt worden, daß Thomas die Unterbrechung der Rede des deutschen Delegierten Furtwängler bedauerte und anerkannte, daß er dazu nicht befugt gewesen sei. Er entschuldigt sich mit seinem Temperament.

Verbandstag der Holzarbeiter vertagt!

Der Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes, der am 17. Juni in Bremen beginnen sollte, ist mit Rücksicht auf den offenen Konflikt im Holzgewerbe, der durch die Ablehnung des Manteloertrages und des Lohnabkommens durch den Arbeitgeberverband entstanden ist, bis zum Herbst verschoben worden. Ein neuer Termin ist noch nicht festgesetzt.

Betriebsfraktion der SPD. des Arbeitsamtes Berlin-Karlsh. Am 6. Juni, 18 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal von Bleskin, Stargarder Str. 8. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Sozialdemokratische Verwaltungsarbeit", Referent: Genosse Otto Flake. 2. Diskussion. 3. Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes. 4. Verschiedenes. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Es wird erwartet, daß alle Genossen erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

SPD.-Bekleidungsarbeiter! Freitag, 20 Uhr, in den Reichshallen, Landsberger Str. 31, Fraktionsversammlung aller Parteigenossinnen und -genossen. Tagesordnung: 1. „Aktuelle Wirtschaftsfragen". Referent: Genosse P. Ufermann. 2. Neuwahl des Fraktionsvorstandes. Parteibuch legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Baumschulenweg:** Gruppenheim Jugendheim Ernststr. 16. Heimbesprechung. Vortrag: „Soziales Wandern". Verbandsbuchkontrolle. — **Zentrum:** Gruppenheim Jugendheim Feldbeniker Str. 24—25. Heimbesprechung. Nur mit Verbandsbuch und Heimausweis Zutritt. — **Weißensee:** Gruppenheim Weißenseer Parkstr. 36. Heimbesprechung und Diskussionsabend über „Gewerkschaftliche Fragen". Verbandsbuchkontrolle. — **Süden, Südwesten:** Gruppenheim Städt. Jugendheim Penkstr. 11. Vortrag: „Das neue Berlin". — **Neukölln:** Gruppenheim Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). Heimbesprechung. Wir üben neue Gesellschaftsspiele. Verbandsbücher und Heimausweise mitbringen. — **Nordring:** Gruppenheim Jugendheim Schule Sonnenburger Str. 20. Heimbesprechung. Verbandsbücher und Heimausweise zur Kontrolle mitbringen. — **Frankfurter Allee und Landsberger Platz:** Wir spielen auf dem Sportplatz Friedrichshain (Platz 9). — **Lichtenberg und Neu-Lichtenberg:** Wir spielen auf der Treptower Spielwiese (Wiese 1). Heimausweise mitbringen. — **Spandau:** Wir spielen auf dem Sportplatz Spandau, Seeburger Straße. — **Wedding:** Wir spielen auf der großen Wiese im Schillerpark. — **Humboldt und Gesundbrunnen:** Wir spielen auf der Spielwiese im Humboldthain.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, sind folgende Veranstaltungen: **Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1 (Lehrgenheim). Vortrag: „Moderne Gesellschaftsfragen". Referentin Martha Schulze-Frenzel. — **Osten:** Jugendheim Bitauer Str. 18. Gruppenbesprechung. — **Stralau:** Jugendheim der Schule Gollerstr. 61. Gruppenbesprechung. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Straße 1—4. Beteiligung an der Werbebezirksversammlung in den Bürgersälen, Bergstr. 147. — **Südost:** Jugendheim Wrangelstr. 128. Gruppenbesprechung. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Heimabend. — **Potsdam:** Jugendheim Nowawes, Priesterstraße. Die Tagesordnung wird in der Gruppe bekanntgegeben.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68. Lindenstraße 3
Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen".

STAATL. FACHINGEN
Natürliches Kohlensäure-Mineralwasser
Für die Gesundheit!
Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8260-61

Asbach-Uralt